

BERICHT AUS DEM REICHSTAG

MDB REPORT

6. AUSGABE

**PROF. DR.
HARALD WEYEL**



**MITGLIED DES
DEUTSCHEN
BUNDESTAGES**

Liebe Freunde und Bürger des Abendlandes,

die Ereignisse der letzten Monate in der Ukraine haben die Welt erschüttert. Insbesondere in den umkämpften Gebieten im Osten der Ukraine ist die Lage nach wie vor angespannt. Ein bewaffneter Konflikt, der an den Rändern Europas stattfindet, erreicht aktuell einen neuen Höhepunkt. Tagtäglich leidet die Zivilbevölkerung in den betroffenen Gebieten unter der Auseinandersetzung. Darüber hinaus hat der Konflikt in der Ukraine internationale Tragweite.

Erneut befindet sich Deutschland in einer schwierigen Situation des Abwägens zwischen solidarischem Leiden mit der Ukraine auf der einen Seite und der Verfolgung eigener wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen auf der anderen Seite. Es steht außer Frage, daß es an Zynismus grenzen würde, wenn die Bundesrepublik den Menschen in der Ukraine keine Hilfe zukommen lassen würde. Vielmehr bezieht sich die komplexe Frage aber darauf, mit welchen Mitteln der Ukraine von deutscher Seite geholfen werden soll. Waffenlieferungen als eine Option treiben den Krieg jedenfalls nur weiter an. Dies bedeutet wiederum auch weitere unschuldige zivile Opfer.

Ob die wirtschaftlichen Sanktionen seitens der EU einen Durchbruch in der Situation bringen, ist ziemlich fragwürdig. Immerhin schaden die Sanktionen auch denjenigen, die sie eingeführt haben: den EU-Mitgliedstaaten und somit auch Deutschland. Und historisch haben Wirtschaftssanktionen (Südafrika, Irak usw. usf.) in etwa folgende Bilanz: Die Staaten werden noch repressiver nach innen, die Bevölkerung leidet und radikalisiert sich, und außenpolitisch verschärfen sich die Dinge eher.

Was sagen Stamm-Wähler dazu, wenn im Rahmen der sogenannten „Zeitenwende“ über Nacht parteipolitische Grundsätze versenkt werden? Eine selbsternannte Friedenspartei fordert „mehr Waffen für die Ukraine“! Statt „Atomkraft – nein, danke!“ heißt es nun „Atomkrieg – ja, bitte!“; und die Bundeswehr wird nun (rechnerisch) enorm gestärkt. Als Dornen-Krönung sollen die Deutschen solidarisch für die Ukraine im Winter frieren und fürderhin x-fach verteuerte Heiz-, Sprit- und Strompreise zahlen. Und selbstverständlich sind andere schuld an allen unseren allesamt eher internen Problemen...

Der Konflikt in der Ukraine existiert(e) schon vor 2014 und ein Ende ist nicht in Sicht.

Diese Ausgabe möchte ich u.a. dem Thema Ukraine widmen und meine Reden, Reisen und Gedanken mit Ihnen teilen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr Dr. Harald Weyel, MdB, Prof. a.D.

Perspektive durch Retrospektive

4	Aus dem Plenum	
	Deutsche G7-Präsidentschaft	4
	Rede im Europarat, Straßburg	6
	Rußland nicht nur etwas abverlangen, sondern auch anbieten!	8
10	Weitere Arbeit im Bundestag	
	„Wir nannten es: das Oberhaus“, 3. „Coronajahr“	10
	Verschweizerung täte nicht nur der Ukraine gut	12
	Ukrainischer Parlamentspräsident Stefantschuk wirbt für EU-Beitritt seines Landes	15
	Abschied des Botschafters Kasachstans in Berlin	17
	Veranstaltung mit Senator a.D. Richard Black	19
21	Parteiarbeit	
	Bundesparteitag der AfD in Riesa	21
	Erste AfD-Großdemo in Berlin	23
24	Auf Reisen	
	Reise nach Zentralasien: Bischkek, Kirgistan	26
	Reise nach Worms	30
	„Streets of Philadelphia“ und Washington	32
36	Wahlkreisarbeit	
	Montagsspaziergänge	38
	„Bergischer Brunch“	40
	Energiepolitisches „Gipfeltreffen“	41
	Der Wahlkreis zu Gast in Berlin und ein Gratis-„Skandal“!	43

Bericht aus dem Reichstag

6. Ausgabe – Januar 2023

Deutsche G7-Präsidentschaft

Berlin, den 7. April 2022

Frau Präsidentin!
Geehrte Damen und Herren!

Vielleicht schon mal gleich vorab: G7 ist keine Mini-UNO und dieser Antrag hätte genauso gut von Rot-Rot-Grün, von einer rot-rot-grünen Regierung, sein können. Als Opposition ist die CDU/CSU mit diesem Antrag ein Totalausfall, wie mit vielem anderen auch. (Beifall bei der AfD) G7 war 1975, zu Zeiten von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing, zunächst mal als G6 gestartet – ohne Kanada –; davor als G5 – ohne Italien. Von 1998 bis März 2014 war G7 sogar eine G8 – mit Rußland; man wagt es kaum (noch) auszusprechen!

Ziel war eine eher informelle Wirtschaftszusammenarbeit, die die USA mit Deutschland, Frankreich, Italien sowie Japan

verband. Ging es in den 70ern oft um sehr Konkretes rund um Wirtschaft und Finanzen, so merkte schon ein Ex-Kanzler Schmidt in den 90ern an, daß bei den ganzen Gipfeleien schon längst nichts Nennenswertes mehr herauskäme und das Ganze eher ein Medienrummel geworden wäre. Reparäsentierte G7 damals kaufkraftmäßig noch fast zwei Drittel des Weltsozialprodukts, so hat sich dies bis heute auf 30 Prozent mehr als halbiert. Sinnvoller erscheint eine Formation im Stile der G20, wo auch andere relevante Einzelstaaten und Schwellenländer seit der sogenannten Finanzkrise mitmachen und 85 Prozent des Weltsozialprodukts vertreten sind.

Ab circa 20 Akteuren kann man allerdings schon nicht mehr vernünftig arbeiten, wie Lehrer und Soziologen seit langem wissen. Man könnte sich das weitgehend zum Ritual gewordene Getue also weitgehend ersparen. Altkanzler Schmidt merkte weiterhin

„Sehen wir näher hin, dann sehen wir, daß aus G7 inzwischen nur eine weitere reine Zeitgeistagentur geworden ist, deren Agenda identisch ist mit der von UNO, World Economic Forum, EU etc..“

DR. HARALD WEYEL

an – und ich zitiere dazu die „Berliner Morgenpost“ vom 6. Juni 2015 –: Ohne die Einbeziehung der ... Schwellenländer wie China, Brasilien oder Südafrika und ohne die Teilnahme Rußlands sei ein solcher Gipfel nicht mehr zeitgemäß, findet der Altkanzler. Das kleinste G7-Mitglied Kanada ist inzwischen auch von Indien, Südkorea und der Türkei überholt worden. Und nicht nur in Kanada konnten wir ab Januar dieses Jahres besonders grell sehen, wie sehr die Bürgerfreiheit im dritten „Corona“-Spukjahr selbst im Westen doch unter die Räder gekommen ist.

Sehen wir näher hin, dann sehen wir, daß aus G7 inzwischen nur eine weitere reine Zeitgeistagentur geworden ist, deren Agenda identisch ist mit der von UNO, World Economic Forum, EU etc., und gewisse Branchenlobbys sind auch mit dabei. Wer hierbei als wessen Subunternehmer agiert, ist absolut zweitrangig. Man kann den realpolitischen Bodenkontakt seit dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges hier längst genauso verloren haben, wie viele andere nationale Institutionen ihn auch verloren haben. Es beißt sich

die Heißluftschlange der Verantwortungsverlagerung und -verschleierung dann selbst in den Schwanz. Schluss damit! Wir wollen weder eine Fortsetzung des alten Kalten Krieges noch seine Neuauflage. Wir wollen keinen Weltwirtschaftskrieg, keinen Umerziehungsstaat und keine Verplanwirtschaftlichung, wie wir das unter den Hauptrubriken „Corona, Klima“ etc. mit Fiskalausbeutung der eigenen Bürger untergejubelt bekommen. Wir wollen Frieden und Freiheit und kein weiteres Forum für Schönreden, Kriegshetze und Lobby-Terrorismus. Ich komme zum Schluß – „G7“ sollte ein Leuchtturm und kein Irrlicht sein, wozu Sie sie machen. Danke schön!

PS: Die Rede ist leicht nachredigiert und notabene: am 2. März 2022 hielt ich beim „Nachdenklichen Aschermittwoch“ in Bensberg meine erste öffentliche Rede zum Thema Ukrainekonflikt und kurz darauf im Rahmen einer Europarats-Plenarsitzung (im Corona-Video-konferenz-Format) erfolgte meine erste offizielle Parlaments-Einlassung zum Thema. ■



Rede im Europarat zur Lage in der Ukraine (zu Protokoll)

Straßburg, den 27.4.202

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Resolution gegen russischen Angriff und Kriegsführung in der Ukraine ist letztlich die Forderung eines totalen Wirtschaftsembargos gegen Rußland, nach unbeschränkten Waffenlieferungen an die Ukraine und letztlich unbegrenzter humanitärer Unterstützung der Ukraine – während und nach den Kriegshandlungen – enthalten. Gefordert ist auch die Unterstützung all der Kriegsflüchtlinge aufnehmenden Nachbarstaaten. Ebenso die Unterstützung einer demokratieorientierten Zivilgesellschaft der Russischen Föderation und eines wahrheitsorientierten, unabhängigen Medienjournalismus jenseits aller Regierungspropaganda; (aber) geschützt werden müssen nicht nur die Kriegsflüchtlinge in der Ukraine und außerhalb, sondern auch die Menschenrechte der kulturell, ethnisch oder staatsbürgerrechtlichen Russen im In- und Ausland.

Gestatten Sie eine Bemerkung dazu vorab: Eine Zivilgesellschaft und Medienwelt, die genötigt wird nach der jeweiligen Regierungspfeife des In- oder Auslands zu tanzen, wäre ein Diener von anderer Leute Interessen. Russische, ukrainische, deutsche und fast alle anderen Staats-Bürger haben allen Grund auf ihre jeweiligen Regierungen, ich sage mal „stinksauer“ zu sein. Der Staat ist für den Menschen da, und nicht umgekehrt. Das Schindluder, was staatliche Autoritäten

und Lobby-Interessen mit unserer Gesundheit, Arbeitskraft und Sparsamkeit treiben ist unerhört. Was sich unter dem „Corona“-Regime weltweit abspielte (und noch immer abspielt) ist doch wirklich unerhört.

Doch zurück zum Krieg: Ein gut Teil dessen, was hier nicht unbegründet von oder gegen Rußland gefordert wird, sollte natürlich auch von der anderen Konfliktpartei gefordert werden. Etwa die strikte Einhaltung des Kriegsvölkerrechts und humane Behandlung von kriegsgefangenen Kombattanten und Zivilisten. Keine blutige Hand bleibt sauber im Kriege, fahrlässige oder absichtliche Tötung, Mißhandlung oder auch nur Gefährdung von eindeutigen Zivilisten müssen straf- und/oder militärgerichtlich aufgearbeitet werden. Berichte von beiden Seiten müssen über Manipulations- und Unvollständigkeitsverdacht erhaben sein, sie müssen investigativ hinreichend abgeklärt werden. Große und kleine Lügen sowie Gräuel- und Sensationsberichte können zu entsprechenden Fehlentscheidungen aller Art führen.

Der Europarat (wie übrigens auch die EU) ist keine Ersatz-NATO, und beide sollten es auch nicht werden! Der Rat ist aber sozusagen historisch die Mutter der gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Eine wichtige und relevante Ergänzung sowie regionalisierte Einheit in Vielfalt. Pragmatisch sollte er aber bitte auch noch sein. Pragmatismus und Glaubwürdigkeit durch konsequentes Handeln in Sachen Politik und Menschenrechte

also, keine einseitig-vorzeitige Parteinarbeit bei unklaren juristischen, wirtschaftlichen und kriegerischen Sachverhalten. Vor diesem Hintergrund wären alle Forderungen an das gegenwärtige und zukünftige Rußland, auch als dementsprechende Forderungen an die Adresse der Ukraine zu richten. Dies auch mit Blick auf andere Konflikte zwischen Mitglieds- wie auch Nicht-Mitgliedsstaaten des Europarates.

Hier nun mein Zusatz-Vorschlag, meine Alternativ-Forderung: Setzen wir doch das „Minsker Abkommen“ rückwirkend um – und fordern wir auch von der NATO für Rußland Garantien. Für Sewastopol und die Krim, wo natürlich OSZE/UNO-mandatiert nachgewählt werden sollte, auch was „Donbaß/Luhansk/...“ und die ganze ehemalige/gegenwärtige Ukraine angeht. Inwieweit können wir denn auf eine echte Friedensverhandlungswilligkeit beider Seiten vertrauen, soweit wir davon überhaupt je seriös, aktuell und verbindlich irgendwelche Kenntnis bekommen? Kurz- und mittelfristig ist auch ein Gesamtpaket anzustoßen, auf neudeutsch: ein „Package-Deal“!

Nämlich eine weitgehende De-Militarisierung Mitteleuropas unter Einschluß der baltischen Staaten inklusive Kaliningrad/Königsberg bis hinunter nach Moldau/Transnistrien. Ich sehe hier perfekte Möglichkeiten und die Notwendigkeit eines Mehrfach-Junktims, wo neben Putin-Rußland und US-NATO eben die Mitteleuropäer eine Hauptrolle spielen. Neben allem recht zwanghaft anmutenden Ausbau alter Strukturen, müssen hier alle Beteiligten vielleicht auch mal einen Rückbau ins Auge fassen. Man hatte über 20 Jahre Zeit auf Forderungen, Anregungen, Logik und Psychologie einer russischen Führungsfigur einzugehen – und völlig losgelöst davon einfach auf realpolitische Logiken zu setzen. Außenpolitisch hat man „westlicherseits“ jahrzehntelang aber eher alles getan, um die innenpolitische Regression (nicht nur) der russischen Gesellschaft (eher noch) zu forcieren. Das aufgeklärte Bürgertum aller Staaten hat jedoch mehr gemeinsame Interessen als deren Führungsstrukturen wahrhaben, und viele in- oder ausländische Interessengruppen ihnen zubilligen wollen.

Also: Bahn frei für neues Denken und Handeln! ■



**WEITERFÜHRENDE
MEDIENLINKS**



Leicht nachredigiert und notabene: ein 1/2 Jahr später finden sich etwa im Reutlinger VHS-Vortrag der (Ex-) Top-Journalistin Dr. Gabriele Krone-Schmalz teils sehr ähnliche Schlußfolgerungen und Forderungen:



Sehen Sie den Vortrag
auf YouTube

Rußland nicht nur etwas abverlangen, sondern auch anbieten!

Berlin, den 22.05.2022

Frau Präsidentin!

Damen und Herren im Raume!

Liebes Wahlvolk live und an den Endgeräten!

Nur ein paar Grundgedanken und Alternativen zu den eben gehörten Regierungsabsichten wider die eigenen Bevölkerungsinteressen und ökonomischen Erfordernisse:

Erstens. Es war schon ein kleines Versäumnis - nicht des Europäischen Rates in Brüssel, sondern des Europarates in Straßburg als Forum für Menschenrechte und Demokratie -: Russland und die Ukraine hätten nämlich vor dem 24. Februar gemeinsam in die Umsetzung des 2014/2015 verhandelten Minsker Abkommens hineinkomplimentiert werden müssen. Das könnte man vielleicht sogar noch nachholen und überhaupt so einiges umkehren, was da falsch gelaufen ist. Vielleicht klappt es ja irgendwann mal in Brüssel, wenn nicht in Straßburg.

Der genaue Unterschied zwischen russischer und ukrainischer Oligarchenwirtschaft, offener und verdeckter staatlicher Übergriffigkeit ist ohnehin gar nicht mal so klar, und auch in den USA und in der EU gibt es ja Oligarchen oder wie auch immer man die nennen mag.

Zweitens. Ist in der jetzigen Situation der Hopplahopp-NATO-Beitritt von Finnland und Schweden - von anderen will ich gar nicht erst reden - nicht eher genau das Falsche statt das Richtige? Ich meine, ein Marschall Mannerheim hätte da anders agiert. Dieser hatte Finnland - und Schweden vielleicht gleich mit - ja wohl nicht nur vor einem gewissen Österreicher gerettet, sondern sogar auch vor einem gewissen Georgier.

Mit wem gedenkt man eigentlich in Moskau irgendwann und wie reden zu können? Was will man einem Russland unter welchem Präsidenten auch immer jemals anbieten? Kann nur ein US-Präsident mit einem russischen verhandeln? Und wie kläglich ist einmal mehr die Rolle der Europäer? Die US-NATO muss nicht nur der Ukraine etwas abverlangen, sondern auch Russland etwas anbieten, wer auch immer da regiert.

Drittens. Die amerikanische und viele europäische Regierungen sind derweil im Begriff, einen Weltwirtschaftskrieg zu entfachen, der so noch nicht mal im Kalten Krieg, im kältesten Krieg, stattgefunden hat. Immerhin hat dieser das Potenzial - ungeachtet aller militärischen Fähigkeiten -, eine neue Bipolarität einzuläuten, in der ein geschwächtes Russland mit einem gestärkten China amalgamiert oder eine neue Blockfreienbewegung

hervorbringt. Auch Indien, Brasilien, Südafrika, Indonesien etc. bringen hierbei ein außer-europäisches Gewicht ein.

Dabei ist dann mehr denn je nach 1945 oder auch nur 1990 die Frage, ob Restdeutschland sich als fünftes Rad am Wagen von anderer Leute Interessen oder aber ebenfalls blockfrei ausrichten sollte. Als gedankenloser Financier und Diener der schlechten Ideen und Bequemlichkeiten anderer Leute hat das doppelte Nachkriegsdeutschland eine sehr trübe Zukunftsaussicht. In der Gegenwart hätte man seit den 60er-Jahren schon lernen können, daß es nicht gut ist, ständig dem Drängen anderer Staaten oder Institutionen nachzugeben. Man kann eine NATO so betreiben wie Frankreich, das nach fast 50 Jahren NATO-Urlaub erst 2009 in die militärische Integration zurückkehrte. Man kann die EU so betreiben wie Italien seit 1957 und Griechenland seit 1981. Schließlich kann man selbst genauso eigenständig und eigen-sinnig handeln, wie das liebe, liebe Washington, mit dem man natürlich weiter gegen das böse, böse Moskau zu Felde ziehen kann.

Wenn alles nichts hilft - kein Militär, kein Boykott -, dann erinnere ich an die SEATO, also die asiatische NATO, die etwa 20 Jahre zwischen den USA, Frankreich, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Pakistan, Philippinen und Thailand existierte, und die sich 1977 sogar selbst auflöste, nachdem alle Welt gesehen hat, daß selbst die amerikanische Katze im schutzbefohlenen Südvietsnam, Laos, Kambodscha keine Mäuse mehr fängt. Einer der ganz wenigen Anachronismen der Geschichte, der sich je freiwillig selbst aufgelöst hatte, lange vor dem Warschauer Pakt sogar. Das Beispiel sollte vielleicht für die eine oder andere Institution, die ebenfalls keine Mäuse fängt und mehr Schaden verursacht als Nutzen stiftet, auch gelten.

Auf nun zur Vernunft und zum neuen Weltfrieden!

Danke. ■



**WEITERFÜHRENDE
MEDIENLINKS**



Ein öffentlicher Niederschlag der Rede findet sich auch im österreichischen Onlineformat „unzensuriert.at“

Sehen Sie die Rede auf YouTube



Artikel zu diesem Thema bei www.unzensuriert.at





„Gesetz der Schande“ scheitert im Bundestag dank der AfD

Wir nannten es: das Oberhaus

Dank „Corona“-Regime in der 20. Wahlperiode ins „Oberhaus“ befördert

Die Gesundheitspolitik ist voller Irrungen und Wirrungen. Und die Geschichte hat noch kein Ende. Was wir alles im Bundestag als Volksvertreter erlebt haben, spiegelt die allgemeine Tendenz der Gesellschaft wider.

Das Grundgesetz und selbstverständlich das Haus des Grundgesetzes, das Parlament, hat die Funktion, die Freiheitsrechte der Bürger zu garantieren. Dabei ragt das

Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hervor. Eine zumal sachlich und fachlich ebenso windige wie zweifelhafte Impfpflicht empfinde ich als verfassungsfeindliche, totalitäre Anmaßung, eine Entwürdigung des Bürgers und Individuums.

So waren wir in der letzten Dekade im Parlament, nach einem guten englischen Stil, zwei Kammern: eben eine im „unteren“ (House of Commons?;) und eine im „oberen“ (House of Lords?;) Hause! „Warum?“, fragen Sie vielleicht jetzt.

Die Antwort lautet: Weil wir nicht geimpft oder genesen waren oder keinen aktuellen Corona-Test nachgewiesen haben; es nicht wollten oder konnten! So waren wir als Volksvertreter vom Rednerpult und der politischen Bühne weit „nach oben“ entfernt worden – und damit auch in unserer direkten



**Nein zur
Impfpflicht,
ja zur
Freiheit!**

parlamentarischen Tätigkeit eingeschränkt. Mikrofon und Rednerpult wurden erst mit einiger Verspätung hier installiert und improvisiert; und in den Arbeits-Ausschüssen wurde ähnlich oder gar identisch verfahren.

Wir waren trotzdem kämpferisch und wollten unseren Kampf für Menschenrechte und Freiheit nicht aufgeben. Monatelange Oppositionsarbeit im Wahlkreis und im Bundestag, darunter neunzehn schriftliche Anfragen, zahllose Montagsspaziergänge und der ständige Austausch mit Bürgern aus allen möglichen Berufsgruppen oder „Hintergründen“, haben ihre Wirkung gezeigt. Das Gesetz der Schande kapitulierte im Bundestag!

Niederlage für die Befürworter einer allgemeinen Corona-Impfpflicht ab 60 Jahren im Bundestag. Der Gesetzesentwurf sah für alle ab 60 eine Pflicht vor, bis zum 15. Oktober 2021 über einen Impf- oder Genesenennachweis zu verfügen. Für alle von 18 bis 59 Jahren, die nicht geimpft sind, sollte zunächst eine Beratungspflicht kommen. Da-

rüber hinaus hätte der Bundestag im Herbst beschließen können, daß die Impfpflicht auch für 18- bis 59-Jährige kommt. So sollte die allgemeine Impfpflicht durch die Hintertür wie ein Trojanisches Pferd eingeführt werden!

Allerdings herrschte innerhalb der Regierungsfractionen keine Einigkeit: 378 Abgeordnete stimmten in namentlicher Abstimmung gegen die Einführung einer Impfpflicht, 296 dafür.

Die AfD war sich einig – wir brauchen kein Diktat und Überwachung des Staates; wir stehen für Bürgerfreiheit, Demokratie und Pragmatismus.

Ich – wie auch die restliche AfD-Fraktion – lehne eine Impfpflicht für „COVID-19“ ab und habe zuletzt am 10.12.2021 natürlich auch gegen eine Impfpflicht für Gesundheitsberufe abgestimmt. Und gegen jegliche „Corona“-Impfpflicht für die Gesamtbevölkerung sowieso – ob nun ohne oder mit Altersgrenzen etc.! ■



Unsere Forderungen sind ganz klar: Keine Impfpflicht, keine Maskenpflicht, kein Lauterbach!

Sieg für die Freiheit

Gedanken, Tatsachen, Perspektiven:

Verschweizerung täte nicht nur der Ukraine gut

Nie sind die Vorgänge in diesem zweitgrößten Land Europas mit über 40 Millionen Einwohnern näher an uns herangerückt als heute. Immer wieder mal aufgefallen waren uns bislang doch „nur“ gewisse Schlagzeilen: nach (nicht nur) russischem Muster mißständeverursachende „Oligarchen“ oder Parteien (einst inklusive einer Frau Timoschenko), Korruptionsrekorde, Reformverschleppung,

ethnisch-sprachlich „begründete“ politische Spaltungen, Separatismus und Krimkrise samt eher höchst intransparent gehaltenen nationalen Militär- und Milizaktionen vor allem im Ostteil des Landes usw. usf.

Und wir erinnern uns vielleicht auch an das stundenlange Verhör des grünen Außenministers und Vizekanzlers „Joschka“



Fischer qua fernsehübertragenem Untersuchungsausschuß-Marathon im April 2005, dessen „Visa-Erlaß“ vom März 2000 skandalisiert wurde, und von dem nicht zuletzt auch „Ukrainer*innen“ besonders profitierten. Fischer wurde u.a. vorgeworfen quasi als „Zuhälter und Schleuser für Kriminelle“ gewirkt zu haben. Vor dem endgültigen Dammbbruch 2015 und bis heute andauernden Migrationschaos, sowie all den anderen klaren Rechtsbrüchen allein im Finanzbereich, in Deutschland und in der EU seither, mutet dergleichen aber dann doch eher noch vergleichsweise niedrig an.

Aber was hat sich seit dem Jahre 2000 (und früher) in der Ukraine alles (nicht) getan? Und dergleichen etwa auch in Deutschland, der EU, den USA und Rußland sowie Nahost, Asien und was nicht alles? Nun, die bis heute teils eher ungeklärt organisierten „Farbrevolutionen“ vom damaligen Jugoslawien über Georgien bis in die Ukraine und nach Kirgistan sind das eine. Und das andere ist die NATO, die der amtierende ukrainische und neuerliche „Heldenpräsident“ Selenski ein ums andere Mal anruft. Sie hat seit ihrem reichlich hyperaktiv wirkenden „Eingreifen“ in aller Welt seit den 1990ern wohl kaum mehr Gesamterfolge eingesammelt als Putins Rußland. Eher weniger vielleicht sogar. Übrigens: Selenski war selbst von der hiesigen Fachwelt und Haltungspresse schon vor einem Jahr als seriöser Reformier abgeschrieben worden!

Nichtsdestotrotz: Die Ukraine war/ist offensichtlich nicht nur attraktiv für weit über 40.000 (echte) „ausländische Studierende aus Entwicklungsländern“, sondern auch ungeahnt stark mit der Weltwirtschaft

verflochten. Rohstoffe und Produkte der ukrainischen Landwirtschaft (und auch der durchaus vorhandenen Industrie) fehlen jetzt voraussichtlich nicht nur in Afrika und Asien, sondern eben auch in West- und Mitteleuropa – sogar in Rußland möglicherweise. Und halten wir fest: Für eine positive wirtschaftliche und soziale „Weiterentwicklung“ der Ukraine, um nicht zu sagen „kulturelle Evolution“, erscheint das nicht erst seit den 2000ern immer mehr in Schiefelage geratene Brüsseler Planwirtschafts-, Klima- und Sozialprojekt „EU“ genauso ungeeignet wie die bloße Übernahme „Moskauer Verhältnisse“. Und nebenbei bemerkt: Bei den Warenexporten spielt(e) bis 2022 die EU nur zu gut einem Drittel eine Rolle und bei den Importen weit weniger als die Hälfte.

Eine möglichst autonome und eigene Traditionen und Strukturen versöhnende Selbständigkeit wäre da doch weit erstrebenswerter. Und fürs Wirtschaftliche reicht dabei eigentlich die WTO – für die Ukraine ebenso wie für Großbritannien. Hierbei nun alle Heilserwartung nach außen zu projizieren ist da eher nur ein Selbst-Verantwortungsflucht-Trick. Und zur Zukunft: Nicht nur der Ukraine ist eine gewisse Verschweigerung der Verhältnisse dringend anzuraten. Warum sollte das „im Westen“ schwieriger sein als in „Zentralasien“? Ein unausgesprochener aber faktisch seit spätestens Mitte der 1990er obwaltender neuer „Kalter Krieg“ bzw. seine global-regionale Fortsetzung, mag zwar im Interesse gewisser Branchen und Personengruppen sein, gewiß aber nicht im Interesse der „Völker dieser Welt“, in welchen Ländern auch immer. Merke: Betrachtet bis zum aktuellsten und quasi größtmöglichen Rechtsbruch-Vorstoß Rußlands, ist die Bilanz der

US-NATO-UNO-EU-etc. seit den 1990ern da keinesfalls generell so viel „besser“. Um es mit dem braven Soldaten Schwejk zu sagen: Nicht sehr viel später als „um 12 Uhr nach dem Krieg“, sollten sich eine Reform-NATO und ein Reform-Rußland einigen: auf ein kernwaffenfreies (Ost-)Mitteleuropa inklusive einer weitgehenden Demilitarisierung Kaliningrads, des Baltikums, Moldawiens etc. Hoffentlich nicht erst über den Umweg einer auch deutschen (neuen) Hochrüstung inklusive nennenswerter eigener Atombewaffnung (was qualitativ und notwendig erstmals weit über ein „2%-NATO-Ziel“ oder 100 Mrd.€-„Sondervermögen“ etc. hinaus ginge).

Und für ein eventuelles Entkoppeln der (politischen) „NATO-Garantien“ von einer (vollen) „militärischen Integration“ steht schließlich das französische Beispiel von 1959-66-2009 als eine ganz pragmatische Möglichkeit und nicht etwa nur als vage Utopie und Theorie in Zeit und Raum. Wir brauchen keine Fortsetzung oder Neuauflage des nicht immer nur „Kalten Krieges“, sondern eine Friedens-, Entwicklungs- und Wohlstandsperspektive für die eine echte „Bürgergesellschaft“ allüberall – (auch) jenseits der alten/neuen Oligarchien und all der eher rein machtpolitischen Auftrags-Machenschaften von Interessengruppen und staatlichen/privaten Medienkonglomeraten. All das auch jenseits der eingefahrenen und diskreditierten Institutionen mit Sitz nicht nur in Washington, Brüssel oder Moskau.

Nun zur hiesigen Heimatfront. Die Unterkünfte und fett zweistelligen Steuer- und Sozialmilliarden, die derzeit fast dreihunderttausend höchst offiziell „Ausreisepflichtige“ sowie all die eher nur zweifelhaft

berechtigten „Nettoempfänger“ aller Bereiche verursachen, nehmen sie letztlich auch den echten Kriegsflüchtlingen oder tatsächlich Asylberechtigten weg (die schon immer eine eher schrumpfende numerische Minderheit im internationalen Migrationsgetümmel darstellten).

Es ist die verdammte und über Jahrzehnte hin pervertierte Pflicht und Schuldigkeit „der Politik“, in einer lokalen wie „nationalen Kraftanstrengung“ (BK Merkel, Anfang 2017) die (inter)nationale Drehtür endlich in Gang zu setzen und die Mehrzahl unberechtigter Wirtschafts- und Sozialmigranten wegzuschicken, um sowohl eine reguläre Arbeitsmigration und temporäre Nothilfen überhaupt aufrechterhalten zu können. Ansonsten verstärkt man eben nur weiterhin all die ungunten Dauertrends, die so gar nichts mit aufgeklärter Innen- und Außenpolitik zu tun haben, sondern lobbygetriebener Klientelpolitik zu Lasten nicht nur der eigenen, autochthonen Noch-Bevölkerungsmehrheit, sondern eben auch einer integrationsfähigen, praxistauglichen Qualitätsmigration.

PS: Auch hier gilt: Das Entstehungsdatum des Textes im Mai 2022, der gekürzt und in Print zumindest auch in der Wahlkreiszeitung „Blauer Zitsch“ erschien, dürfte zeigen, daß etwa auch die spektakuläre „Forderungen nach deutschen Atomwaffen“ der „Jungen Alternative“ (JA) im Oktober 2022 erst nach dieser meiner Publikation stattfand. ■

„Das Interesse am letzten Ticket für die Titanic!“

Ukrainischer Parlamentspräsident Stefantschuk wirbt für EU-Beitritt seines Landes



Der Präsident des ukrainischen Parlaments, Ruslan Stefantschuk, unternahm im Juni eine große politische Tour quer durch wichtige europäische politische Institutionen, um für den Beitritt der Ukraine in die EU zu werben. Am 2. Juni besuchte er den Deutschen Bundestag in Berlin mit der wichtigen Mission „Ukraine muss in die EU und zwar schnell“. Stefantschuk warb auch in der Sondersitzung des Auswärtigen Ausschuss und des EU-Ausschusses für eine Resolution, die sein Land als EU-Beitrittskandidaten anerkennen würde.

Daß viele hiesige Politiker von dieser Idee angetan sind, zeigte sich schon an der Eröffnungsrede der Bundestagspräsidentin Bas, die entgegen der üblichen Gepflogenheiten den ukrainischen Parlamentspräsidenten in familiärer Manier mit einem „Lieber Ruslan“ begrüßte.

Ich dachte mir (aus ukrainischer Sicht) nur: Ja, schnell noch ein Ticket auf der Titanic holen! Man redet über gemeinsame „europäische Werte“ unter dem Motto „Ukraine ist Europa“, Demokratie und Menschenrechte sowie andere Schlagworte, die im Grunde genommen konkret übersetzt bedeuten: Wir wollen nicht friedensverhandeln, sondern erstmal schnell und endlos mehr Waffen und EU-Gelder, denn Putin (alias „der Russe“) will ja schließlich nur die UdSSR 2.0 errichten und dabei wieder mal ganz weit nach Westen marschieren! Geschwiegen wird über die Diskriminierung der russischsprachigen und anderen ukrainischen Staatsbürger, das Verbot bestimmter Medien und Oppositionsparteien oder Maßnahmen zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit, etwa bei der Bestellung der Verfassungsrichter und der Auswahl von Mitgliedern des Justizrates, sowie zum Kampf gegen Korruption und Einflussnahme durch Oligarchen.

Das Solidaritäts-Level gegenüber der Ukraine unter den deutschen Parlamentariern ist sehr hoch. Man könnte fast meinen, es handle sich eine Art Aktion „Ukraine First!!!“. Die Ukraine fordert, die Parlamentarier des Bundestages liefern. Das anschaulichste Beispiel für diese Haltung ist die Aussage der deutschen Außenministerin Baerbock: „Die Regierung steht an der Seite der Ukraine, egal was meine deutschen Wähler denken.“

Nur die Alternative für Deutschland ist dagegen. Doch lassen wir die Regierenden und ihre Claqueure doch einmal mehr ganz für sich selbst sprechen (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw22-pa-auswaertiges-stefantschuk-897074>; im zugehörigen Video können Sie ab 38' meine Einlassungen samt „Kollegen“-Mimik und -Akustik zur vollen Gänze nochmal „live“ miterleben):

„Anton Hofreiter nannte den Kandidatenstatus ein wichtiges Signal gegenüber Russland, ‚da(B) wir bereit sind, unsere Werte zu verteidigen‘. Michael Link (FDP) warnte, Russlands Präsident Wladimir Putin würde es als Ermutigung verstehen, wenn die EU der Ukraine den Kandidatenstatus jetzt nicht erteile. Aus den Reihen der Opposition sprach sich Gunther Krichbaum (CDU/CSU) für einen Kandidatenstatus ‚ohne Wenn und Aber‘ für die Ukraine, Georgien und Moldau aus. Er warf der Bundesregierung zugleich ein zu zögerliches Verhalten bei den Waffenlieferungen vor. Dr. Gregor Gysi (Die Linke) betonte, er sei ‚uneingeschränkt‘ für die Aufnahme der Ukraine als EU-Beitrittskandidat. Er fragte zugleich, ob dadurch die Sicherheit der Ukraine erhöht werde und wie eine europäische Friedensordnung nach Ende des Krieges aussehen könne.

Für die AfD warnte Harald Weyel die Ukraine vor einer Integration in die ‚wirtschaftlich unterentwickelte‘ und mit einer ‚schwachen Währung‘ ausgestattete EU. ‚Sie sind dabei, ein Ticket auf der Titanic zu buchen‘, sagte Weyel, begleitet von lautstarkem Protest der übrigen Fraktionen.“ ;))

Randbemerkung: Allein die von westl. Diensten veröffentlichten russ. Aufmarschzahlen im

nördl. und östl. der Ukraine bis Februar 2022 (unter 200.000 Mann) und der bis dahin erfolgte Aufmarsch der ukr. Armee im Bereich des „Donbaß“ (über 300.000 Mann) sprachen bis Februar 2022 allerdings nicht nur für den Laien eher für einen russ. Verhandlungs-„Bluff“ (was man seit 2008 freilich hätte besser wissen können) bzw. eine eher ukr. Offensivabsicht, wie sie ja auch in offiziellen Verlautbarungen (seit Jahren und Jahrzehnten) mehrfach ausgesprochen bzw. niedergeschrieben wurde. Die russ. Rechnung irgendeiner „militärischen Spezialoperation...“ (m.E. quasi als experimenteller „Blitzkrieg“ mit angezogener Handbremse) ging nicht auf; und die nach 2014 ziemlich sang- und klanglos erfolgte ukr. Aufrüstung machte sich sozusagen bezahlt. Die Ausweitung der Kampfzone über ukr. Gebiet hinaus und die danach einigermaßen flächendeckend erfolgenden, gezielten Infrastruktur-Zerstörungen in der Ukraine zeigen dann aber auch genau den Eskalationswinkel auf, für den sich wohl mehr als nur ein Schuldiger finden läßt. Auch heben sie das fatale Kriegsniveau militärisch auf das Level, was man bspw. schon im Irak, Serbien, Syrien und viel zu vielen anderen Orten gesehen hat. ■



Stefantschuk und Bundeskanzler Olaf Scholz

Meine Arbeit als Mitglied der Deutsch-Zentralasiatischen Gruppe des Bundestages

Abschied des Botschafters Kasachstans in Berlin

Im März des Jahres 2022 freute ich mich über einen informativen Austausch und produktive Zusammenarbeit mit dem Botschafter der Republik Kasachstan in Deutschland, S.E. Dauren Karipov.

Die Europäische Union und Kasachstan sind gute Partner seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991. Man unterzeichnete 2015 auch einen Vertrag über „Enhanced Partnership and Cooperation“ (EPCA), der als eine Grundlage der bilateralen Beziehungen gilt. Dieses neue Abkommen, das erste seiner Art mit einem zentralasiatischen Partner, brachte die Beziehungen zwischen der EU und Kasachstan auf eine neue Ebene und stellte ein wichtiges Thema in den mehr als 25 Jahren der Beziehungen zwischen der EU und Kasachstan dar.

Seit dem Jahr 2013 verstärken Europarat und Kasachstan die bilateralen Beziehungen im Bereich Menschenrechts-, Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsfragen. Deutschland und Kasachstan pflegen seit 1992 diplomatische Beziehungen. Es existieren eine Reihe regelmäßiger Konsultationsformate zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Kasachstan ist Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner in Zentralasien. Als kulturelle Brücke zwischen unseren Völkern spielen etwa 4 Millionen Rußlanddeutsche auch aus Kasachstan eine wichtige Rolle.



Prof. Weyel begrüßt den Botschafter der Republik Kasachstan in Deutschland, S.E. Dauren Karipov im Deutschen Bundestag

Die Regierung in Kasachstan schafft es, mit allen Großmächten inner- und außerhalb Zentralasiens zu handeln und vertrauensvolle Beziehungen zu pflegen. Mit steuerbegünstigten Sonderwirtschaftszonen und einer Initiative zur Erleichterung von Firmengründungen (auch von Deutschen) geht Kasachstan mit gutem Beispiel voran als Wirtschaftsstandort für ausländische Unternehmer. Die Strompreise betragen lediglich ein Zehntel derer in Deutschland. Als Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (2015) und der WTO (2015) kann Kasachstan regional und weltweit frei bzw. stark vergünstigt handeln, ohne sich einem politisch-bürokratischen Wasserkopf à la EU unterwerfen zu müssen. Und nicht unterschlagen werden, sollte auch die zentralasiatische Tatsache, daß im Januar 2022 die russ. Truppent-

sendung (m.W. als Militärpolizei und zum Objektschutz) bei jüngsten Unruhen auf Grundlage des 2002 (!) erneuerten bzw. seit 1992 (!!) bestehenden „Vertrages über die Organisation der kollektiven Sicherheit“ (OKVS, vormals VKS) noch im gleichen Monat auch wieder beendet wurde. Auch diese Situation wurde mit dem Botschafter erörtert und spielte auch in mindestens zwei hochkarätigen Videokonferenzen mit Vor-Ort-Experten eine Rolle, an denen ich gerne teilnahm.

Als Nichtpartei im Ukraine-Konflikt kann sich Kasachstan der Logik der Sanktionen und Vergeltung weitgehend entziehen und friedlich Handel treiben, auch mit seinen Nachbarn. Und wenn sich die Verständigung mit Moskau und Peking einfacher gestalten (lassen) sollte als die zwischen Kiew und Brüssel, kann sich jeder seinen Teil dazu denken...



Die Abschiedsrede vom Botschafter der Republik Kasachstan in Deutschland, S.E. Dauren Karipov

Ich bedanke mich für eine kurze aber produktive Zusammenarbeit mit S.E. Karipov und wünsche ihm alles Gute und weiterhin viel Erfolg nach seiner Rückkehr in die Heimat und sein Ministerium!

PS: Sein Abschiedsempfang in der Botschaft und Residenz im Sommer des Jahres ist menschlich wie kulinarisch eine meiner angenehmsten Erinnerung ans offizielle Berlin – und hier gab es auch das bislang schmackhafteste Berliner „Craft“-Bier, was ich mir zu Gemüte führen durfte... ■

Parlamentarische Initiative

Veranstaltung mit Senator a.D. Richard Black

Am 21.06.2022 haben der Arbeitskreis Angelegenheiten der Europäischen Union und der Arbeitskreis Außen der AfD-Bundestagsfraktion gemeinsam zu einer Veranstaltung eingeladen mit dem Titel „Rahmenbedingungen der EU-Außen(wirtschafts) politik: Nahost-Erfahrung und Ukraine-Perspektiven“. Für die AfD-Fraktion sprach ich als EU-politischer Sprecher, mein Kollege Matthias Moosdorf aus dem Arbeitskreis EU sowie Petr Bystron als Außenpolitischer Sprecher.

Als Referenten konnten wir den Staats senator & Oberst a.D. Richard Black (aus Virginia) gewinnen. Er gehörte zuletzt von 2012–2020 dem Abgeordnetenhaus und dem Senat des US-amerikanischen Bundesstaates Virginia an und diente 32 Jahre bei den Marines und dem U.S. Army JAG Corps (Militärjustiz). Zu seinen militärischen Auszeichnungen zählen drei Legions of Merit, das Verwundetenabzeichen, dreizehn Air Medals und die Navy Commendation Medal mit „V“ für Tapferkeit im Kampf.

Senator Black ist Jurist und hat sein Studium an der U.S. Army War College und dem Army Command and General Staff College abgeschlossen. Er diente im Amt der obersten Justizinstanz des Verteidigungsministeriums, wo er das Disziplinarwesen der U.S. Army verantwortete. Dort hat er Erlasse für den Präsidenten vorbereitet, den Verteidigungsausschuß beraten und in Ausschuhörungen ausgesagt.



Dem Vortrag von Black gingen thematische Kurzreferate von meinen Fraktionskollegen Petr Bystron und Matthias Moosdorf sowie mir selbst voraus. MdB Moosdorf bezifferte dabei den vorhersehbaren Schaden durch die europäischen Sanktionen auf 400 Mrd. €, denen ein russischer Haushaltsüberschuß von 55 Mrd. € gegenübersteht.

Ich ging auf die Entwicklung der EU ein, die eine finanzielle Anziehungskraft auf neue Beitrittskandidaten wie die Ukraine ausübt. Nach den 60er Jahren, in denen die Zölle innerhalb der EWG abgeschafft wurden, brachte jedes Jahrzehnt jedoch eher nur weitere Über-Politisierung und relative wirtschaftliche Stagnation. Schon die „Lissabon-Strategie“ der frühen 2000er verfehlte jedes hochmögliche und feierlich verkündete Ziel: Im „Triaden“-Vergleich steht die EU schon vor dem „Brexit“ als wachstums- und innovationsschwächster globalisierter Wirtschaftsraum immer deutlicher hinter den USA und China zurück. Die Ukraine hat derweil Milliarden aus der EU erhalten, die

weder zu Demokratie noch zu Wettbewerbswirtschaft geführt haben. Beitrittskandidaten wie die Ukraine sollten sich also fragen, ob sie nicht eher nur eines der letzten „Tickets für die Titanic“ erwerben.

Nach meinen Ausführungen berichtete Colonel Black von seiner Erfahrung in Vietnam, wo er als Hubschrauberpilot 269 Kampfeinsätze geflogen ist, dabei viermal getroffen wurde. Er hat sich freiwillig erklärt für den Bodenkampf mit der 1. Marine Division, wo er an sieben sehr blutigen Kampfeinsätzen teilnahm und verwundet wurde. Sein Vortrag zur Entwicklung und Lage in der Ukraine läßt sich wie folgt zusammenfassen: So blutig der Krieg in Vietnam für die USA ausging, ist der Krieg in der Ukraine noch viel blutiger: Allein am 10. Juni 2022 gab es 1.000 Opfer auf ukrainischer Seite, davon 200 Tote. In Vietnam starben durchschnittlich 6.000 amerikanische Soldaten pro Jahr über 10 Jahre, aber die kleinere Ukraine verliert zurzeit eher 6.000 pro Monat.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 nahm die NATO die Russische Föderation als Feindbildersatz für die Sowjetunion und erweiterte sich in Richtung der russischen Grenze. Dank WikiLeaks wurde eine Mitteilung des amerikanischen Botschafters in Rußland, William Burns, aus dem Jahr 2008 bekannt. Darin erklärt Burns, daß ein NATO-Beitritt der Ukraine aus Sicht der Russen einen »neuralgischen Punkt« treffen und als Gefahr für die nationale Sicherheit wahrgenommen würde. Im Jahre 2014 stürzte eine gewalttätige Revolution namens „Euromaidan“, die wohl v.a. der britische Geheimdienst MI6 vorbereitet hat, den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch.

Die zwei Regionen des Donbaß, Donezk und Luhansk, haben ihre Unabhängigkeit erklärt, woraufhin die Regierung sie angegriffen hat. Die Welt hat kaum Notiz von den rund 14.000 Toten (allein von 2014 bis 14.02.2022) genommen, aber Deutschland und Frankreich erkannten die wachsende Kriegsgefahr und wirkten auf Verhandlungen hin. Nach den Minsker Vereinbarungen sollte die Ukraine dem Donbaß eine Teilautonomie zuerkennen, aber die Umsetzung scheiterte, weil die USA fortgeschrittene Waffen an die Ukraine geliefert und die NATO die Ukrainer für einen Stellvertreterkrieg gegen Rußland vorbereitet haben.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2019 hat eine kriegsmüde Bevölkerung Wolodimir Selenski als Kandidaten des Friedens gewählt, nachdem auch sein Vorgänger Poroschenko einen aggressiven Krieg gegen den Donbaß geführt hatte: Am 21. April 2019 versprach Selenski einem jubelnden Publikum, er würde die Minsk-Verhandlungen fortsetzen, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Dieses Versprechen hat Selenski nicht eingelöst: Die Ukraine baute ihre Befestigungen und ihre Angriffskapazitäten aus. Die NATO hat im Dezember 2021 verschiedene Friedensangebote Wladimir Putins ausgeschlagen, woraufhin er die andauernde „Spezielle Militäroperation“ lanciert hat.

Nach dem Vortrag und einer Publikumsdiskussion tauschten sich die Gäste beim anschließenden Empfang aus. Am nächsten Tag sprachen Steffen Kotré, Frank Pasemann und ich im Detail mit Senator Black über die westliche Einmischung in Syrien. Diese Diskussion und ein Gespräch über europäische Themen mit zwei Journalisten des bulgarischen Kanals „Konservite BG“ sind auf meiner Webseite verlinkt. ■



Bundesparteitag der AfD in Riesa

Führungsspitze ist gewählt

Der 13. Parteitag der AfD mit rund 500 Delegierten hat am 19. Juni einen neuen Bundesvorstand gewählt. Als stellv. Bundesschatzmeister stehe ich an der Seite meiner geschätzten Kollegen. Die Arbeit als (stellv.) Schatzmeister kann als die undankbarste Aufgabe innerhalb einer Partei oder Organisation bezeichnet werden. Man trägt zwar die hohe Bürde der Finanzverwaltung, hat aber keine wirklichen Vorteile davon. Mein Einstieg: „Im November 2020 hatten Sie beim Bundesparteitag in Kalkar den Fehler gemacht, mich nicht zum stellvertretenden Schatzmeister zu wählen – und dann gesehen was Sie davon hatten. Jetzt haben Sie die Möglichkeit diesen Fehler zu wiederholen – oder aber zu revidieren!“

Alternativ und kreativ, so kann man meine Tätigkeit als stellv. Bundesschatzmeister beschreiben. Unsere Partei wendet neue, professionelle und kosteneffiziente Methoden im Finanzwesen an. Als wahre Opposition kritisieren wir die Tricks der Altparteien, die Steuergelder für schädliche links-grüne

Gimmicks verpulvern. Wir müssen dem konsequent und entschieden entgegensteuern. Dies sehe ich primär als meine Aufgabe. Leider haben wir als AfD kein echtes Wohlwollen von offizieller Seite zu erwarten, wenn es um die alten wie neuen Parteifinzen geht. Wir hoffen da aber wenigstens auf eine unbedingte Neutralität.

Als neues Vorstandsmitglied möchte ich Initiativen anstoßen, was die Akquise und Anlage von Parteimitteln angeht. Und dazu gehört auch Aufklärung. Man muß nicht Mitglied bei uns werden, um uns zu unterstützen. Vor allem Unternehmen des Mittelstandes müssen erkennen, welche Partei sich für das Abstellen der künstlich herbeigeführten, politisch gewollten Umstände wie Energiekosten und die Inflation bemüht: Wir allein! Zwar behauptet die Union pro forma auch von sich, die Regierungspolitik kritisch zu sehen. Doch sind CDU und CSU nicht mehr als eine Schein-Opposition, die wie ihre Vorgänger in den vergangenen Monaten, Jahren und



Jahrzehnten das alles mitgetragen oder gar initiiert haben. Von der FDP als opportunistischer Steigbügelhalterin der neuesten Fehlentscheider-Koalitionen ganz zu schweigen.

Eine weitere Aufgabe des neuen Bundesvorstandes, dessen Wahl ich als Erfrischung und Erneuerung sehe, liegt in der Öffentlichkeitsarbeit. Man muß überlegen, wie man aus dem Medienschatten herauskommt. Die AfD wird fast gar nicht thematisiert und wenn doch, dann geschieht das im grellen Licht des Negativ-„Framings“, ohne Inhalte zu transportieren, sondern zumeist mit Halbzitaten und Unterstellungen. Wir müssen ein Gesamtbild an die Öffentlichkeit bringen, bei dem die Sachpolitik, die Themen, Meinungen und Konzepte zum Tragen kommen. Und das müssen wir notgedrungen selbst machen. Vor allem von den öffentlich-rechtlichen Sendern erwarte ich wirklich nichts mehr. Mein Credo: „Selbst ist der Mann, selbst ist die Frau, selbst ist die Partei!“

Und wer sein Steuergeld verschwendet sieht, sollte wenigstens einen Teil davon unserer Partei zukommen lassen, weil wir eigentlich die letzten, wahren Vertreter von Arbeitnehmer-, Unternehmer- und Konsumenteninteressen sind. Und bei Dingen wie etwa Wiederholungs- bzw. Neuwahlen in Berlin oder anderen Stadtstaaten sollte man versuchen über ein parteiübergreifendes „Crowdfunding“ was zu machen. ■

Der Geist von 2020

Erste AfD-Großdemo in Berlin am 08.10.2022





*Wir wollen weder eine Fortsetzung des
alten kalten Krieges noch seine Neuauflage.
Wir wollen keinen Weltwirtschaftskrieg,
keinen Umerziehungsstaat,
keine Verplanwirtschaftlichung.
Wir wollen Frieden und Freiheit.*

07. April 2022 - Rede zur G7-Präsidentschaft





Deutscher Bundestag

**PROF. DR.
HARALD
WEYEL**


Dienstreise nach Zentralasien

Wirtschaftsforum „Tag der Deutschen Wirtschaft“ vom 11.-16.06.2022, Bischkek, Kirgistan

Kirgistan, das auch unter den Namen Kirgisien bekannt ist, liegt in Zentralasien und war bereits vor der Oktoberrevolution von 1917 ein Teil des Russischen Zarenreiches. Es ist von Deutschland etwa 7656 km entfernt und grenzt im Norden an Kasachstan, im Osten an China, im Süden an Tadschikistan und im Westen an Usbekistan.

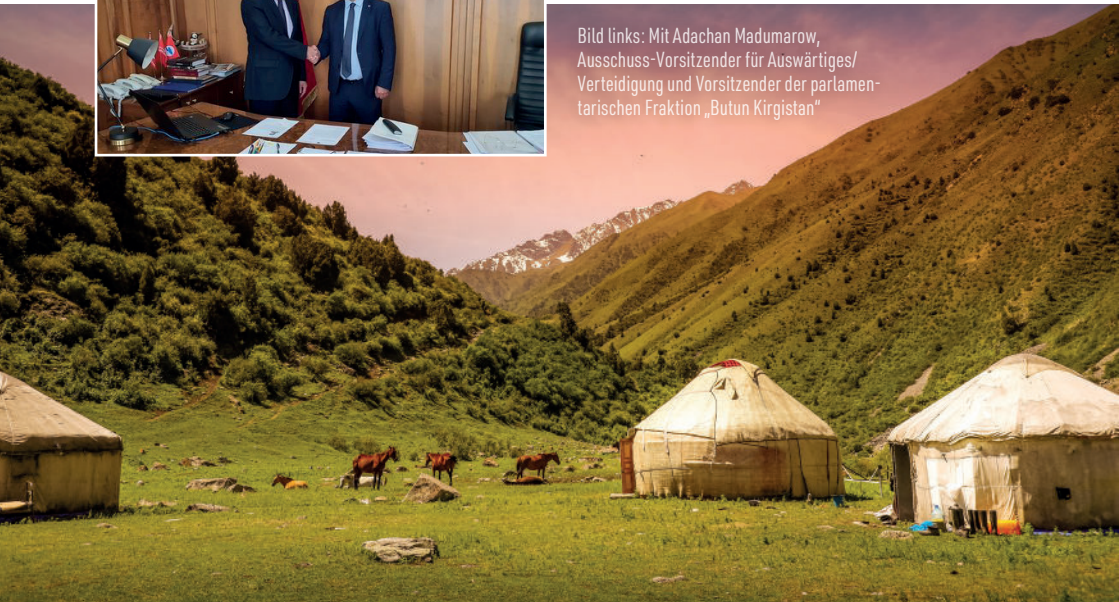
Um mein Reiseziel zu erreichen, bin ich mit „Turkish Airlines“ die Seidenstraße entlang geflogen, welche einst eine so wichtige wirtschaftliche Verbindung zwischen

Europa und Asien darstellte. Auf der Seidenstraße wurde nicht nur Seide, sondern auch Waren wie Gewürze, Glas und Porzellan transportiert; mit dem Handel verbreiteten sich auch ein Stück weit Religion und Kultur in beide Richtungen.

Anlaß meiner Reise war die Teilnahme am Wirtschaftsforum „Tage der Deutschen Wirtschaft“ in Bischkek (vormals „Frunse“), zu der ich als Redner und Ehrengast eingeladen wurde. Die Einladung als Mitglied einer (eindeutigen) Oppositionspartei hat mir gezeigt, daß es mittlerweile wohl mehr Demokratie in Asien gibt als in Westeuropa oder Deutschland selbst. Diese Reise war sowohl für Deutschland als auch für Kirgistan sehr



Bild links: Mit Adachan Madumarow, Ausschuss-Vorsitzender für Auswärtiges/Verteidigung und Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion „Butun Kirgistan“



wichtig. Denn in einer modernen politischen Realität sollte Deutschland im Zusammenhang mit den Rußland-Sanktionen, die ja teilweise schon 2008 begannen, nach neuen Partnern, Beschaffungs- und Exportmärkten für Technologien, Rohstoffe und Energieträger suchen. Neue wirtschaftliche Perspektiven nicht nur in Europa, sondern auch in Asien sind dafür sehr wichtig. Denn das wiederum schafft und sichert Arbeitsplätze in Deutschland und Wohlstandsteilhabe auch im Ausland.

Mit meiner parlamentarischen „Mission“, unsere AfD-Partei und unser Vaterland zu repräsentieren, sowie internationale Wirtschaftskontakte zu knüpfen, insbesondere in der Zeit zunehmender Sanktionen gegen Rußland, nahm ich gerne an diesem wichtigen Wirtschaftsforum teil.

Zu besagtem Großereignis mit hochrangigen Vertretern der kirgisischen Politik, deutscher Unternehmen und Wirtschafts-

verbände (u.a. AHK, Ostausschuss) sowie über 200 Gästen und einheimischen Medienvertretern, durfte ich im Rahmen der Eröffnungs- und Begrüßungsreden direkt nach Vize-Premierminister Edil Baisalov und der dt. Botschafterin Dr. Gabriela Guellil eine Rede halten.

Kirgisistan bietet ausländischen Unternehmen praktische Unterstützung bei den Formalitäten für Neugründungen etc. an. Es hat sich sowohl der asiatischen als auch der west- und mitteleuropäischen Wirtschaft geöffnet, was für eine vorbildliche Willkommenskultur für Handel und Investition steht.

Die kirgisische Strategie der schlanken bilateralen Zusammenarbeit – bei politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung – sollte in der bürokratisch paralysierten, verplanten und inflationsgeplagten EU durchaus Schule machen. Diese Strategie trägt erste Früchte, wie an den Teilnehmern zu erkennen war: So traf ich Karl Ehlerding, einen in



Kirgisistan tätigen deutschen Investoren und Bierbrauer, sowie Nurdin Sheishenov, einen Absolventen der deutsch-kirgisischen Logistik-Fakultät, welche bisher über 1200 kirgisische Studenten zu Ferien- und Praktika nach Deutschland vermittelt hat (und die auch alle wieder zurückgekehrt sind).

Am Ende der Veranstaltung übergab ich Präsident Dschaparow ein Geschenk (Band „German Bundestag“) und sprach mit dem amtierenden Vizepremier Baisalov. Am Abend bei einem traditionellen kirgisischen Festessen, durfte ich am Ehrentisch von Alt-Vizepremier Valeri Dill, dem kirgisischen Botschafter in Deutschland, S.E. Omurbek Tekebaev, sowie dem Direktor der Nationalen Investitionsagentur Ravshanbek Sabirov samt Assistenten Abay Alymkulov und dem Geschäftsführer des Tourismusedwicklungsfonds Kayrat Itibaev sitzen.

Da ich auch Mitglied der „Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe“ des Bundestages bin, war es auch meine Intention den Kontakt zum kirgisischen Parlament, und hier besonders mit dem Ausschuß für Außen und Europa zu knüpfen. Deswegen war ich sehr erfreut, daß ich mich im Parlament von Kirgistan mit Herrn Adachan Madumarow, Ausschuß-Vorsitzender für Auswärtiges und Verteidigung sowie Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion „Butun Kirgistan“, treffen konnte. Herr Madumarov war einer der ersten Abgeordneten des unabhängigen Kirgisistan und Vize-Premierminister seines Landes. Wir haben internationale Fragen der Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der Europäischen Union und Zentralasien erörtert.

Reisende Mitglieder des Bundestags besuchen üblicherweise die deutsche Botschaft am Zielort. Nun war die Botschafterin verreist, obwohl wir uns gestern bei der Konferenz begegnet waren befand sich die Botschafterin dann doch „längerfristig geplant auf Außentermin“ in einer fernerer Provinz. Und so hatte ich immerhin eine Stunde der Unterrichtung durch den Ständigen Vertreter, Herrn David Westenfelder, und den Leiter für Kooperation, Herrn Torge Matthiesen. Unter dem vormaligen BMZ-Minister Müller wurde Zentralasien („zugunsten Afrikas“) aus der deutschen Entwicklungshilfe herausgenommen, was auch in der neuen Wahlperiode fortgilt. Meine Quintessenz: zu konstatieren wäre wohl eher, daß man mit weit weniger Mitteleinsatz in Zentralasien viel mehr erreichen könnte als in gewissen bodenlosen Fässern der letzten 73 Jahren – ob in Afrika oder sonst wo; erst recht unter Berücksichtigung der teils schon Jahrhunderte währenden deutschen, russischen und europäischen Einflüsse und Optionen in Zentralasien!

Interessanterweise lebt im Kirgistan eine deutsche Minderheit, die eine Kulturbrücke zwischen Deutschland und Kirgistan bildet. Erste deutsche Spuren in Kirgistan gehen auf die Jahre um 1860 zurück, als Rußland die zentralasiatischen „Khanate“ eroberte. Damals ließen sich vereinzelt auch einige Deutsche, meist Lutheraner aus dem Baltikum, als Fachleute in Mittelasien nieder. Im Jahre 1880 bekamen strenggläubige Mennoniten aus dem russischen Wolgagebiet und der Südukraine, die Erlaubnis ins zaristische „Turkestan“ auszuwandern. Größtenteils wollten sie aus religiösen Motiven nicht mehr im europäischen Rußland bleiben, da ihnen dort die Wehrpflicht drohte. Sie nahmen über

zwei Jahre Wanderung auf sich und kamen dann endlich in das „Heilige Land“, wie sie es selbst nannten.

Bis in die 1990er Jahre lebten ca. 100.000 Deutsche in Kirgistan, nach einer massiven Auswanderungswelle sind heute nur noch ca. 10.000 Deutsche im Lande. Ein Besuch der Stiftung „Deutsch-Kirgisches Haus“, des Russlanddeutschen Volksrates der Deutschen der Kirgisischen Republik, sowie des gemeinnützig geführten ärztlichen Versorgungszentrums in Bischkek zeigte mir, daß „unsere Landsleute“ deutsche Sprache und die traditionelle deutsche Kultur, auch im fernen Asien, pflegen und lieben.

PS: Für die Grunddaten des Landes dienten allgemein zugängliche öffentliche Informationen bis hin zur „Wikipedia“, die ich ja auch mit Kleinspenden und -beiträgen mitfüttere. ■



Bild rechts oben: Rede beim Wirtschaftsforum „Tage der Deutschen Wirtschaft“ am 13. Juni 2022



Bild unten: Gemeinsames Bild beim Wirtschaftsforum „Tage der Deutschen Wirtschaft“ am 13. Juni 2022



Reise nach Worms

Nibelungen 2022: „hildensaga. ein könniginnendrama“

Worms, den 31.07.2022

Die erste Mittwoch-Vorstellung ausgefallen wegen „Gewitterwarnung“; geliefert wurde aber eher nur Minimalregen, leichtes Grollen und Blitzgefahr, immerhin. Wohl letzterer sollte allerdings bei einer reinen Wasserbühne und weitgehender Klatschnaß-Kostümierung möglichst ausgewichen werden: einverstanden! Die Nachmittagsgewitterwarnung – auch eines unseligen Wetter- und Polit-Frosches namens Kachelmann – war dagegen jedoch eine reine Ente geblieben. Zumindest hier in der von heutigen „Freunden“ im Luftkrieg vielzerstörten alten, alten deutschen Stadt Worms, die sich etliche Bau-

ikonen aber trotzdem dann doch noch hier und da erhalten oder wiederhergestellt hat. So weit, so gut: Die Ausweichvorstellung am folgenden Montag konnte wahrgenommen werden! Zwischenzeitlich war sogar der erfreuliche Kartenausverkauf eingetreten, von ausschließlich positiven Kritiken inspiriert.

Soviel gleich vorweg: eine sehr gute schauspielerische, schwimmerische, taucherische und musikalische Leistung! Auch die Projektionstechniker und -künstler kamen an des Domes Nordwand auf ihre Kosten: sich blutrot einfärbende Baumwurzeln – oder war's Geäst? – im sprechenden Wald, unterlegt mit Fenriswolvens Knurren und mün-



Der AfD-Bundestagsabgeordnete Prof. Harald Weyl mit Augenklappe und Flügelhelm. Bei den diesjährigen Nibelungen-Festspielen in Worms „hildensaga. ein könniginnendrama“ standen allerdings die Frauen, vor allem Brünhild und Kriemhild, im Zentrum.

dend in die längst absehbare Weisheit: Die Wölfe sind unter uns, wir werden zu solchen, „homo homini lupus“. Dies als nicht ganz neue Gesamterkenntnis eines Gesamtspektakels das sich sehen und hören lassen kann. Auf, auf – und zu gewissen Details nun. Und zu den Reminiszenzen an den Zeitgeist...

Man nehme: einen Wotan, der auch (immerhin umgezogen) als Kammerzofe auftritt – „Transgender“ fluid integriert; eine halbwegs „schwarze“ Kriemhild – Patchwork-königshaus (?) suggestiv und „BIPoC“ (?) integrativ vor’s werte Publikum gebracht; noch einen leichten Bi- oder Homo-Touch unter Onkel Hagen und die Königs- bzw. Prinzenmänner gerührt; und einen etwas stärkeren Emanzo-Lesbo-Touch unter Brunhild und Kriemhild gemixt. Doch all dies in eher homöopathischer Dosis, und: danke dafür! Merke so nebenbei: Eigentlich ist doch nur die erstere Königin und letztere nur Prinzessin. Man nehme heraus: die Sache mit dem „Nibelungenschatz“ und die Sache mit den „Hunnen“ – also Topoi „Superreiche“ und „Ausländerfeindlichkeit“ damit schonmal umschiff. Meine Idee für weitere „Nibelungen“-Inszenierungen: Möge der Augenreiz auch auf die Ohren gehen. Das massenszenische Aufeinandertreffen von Heerhaufen (diversen) und ein Mehr an Geklirr von Waffen und Schilden...

Als Abschluß am Tag der Abreise noch im „Museum Heyl“ gesehen: des deutsch-russischen Malers Genia Chef aus Kasachstan „post-historistische“ thematische „Nibelungen“-Zeichnungen. Mit eigenwilliger Technik und deutlich genug erkennbaren Motiven im Klein- und Großformat. Noch dazu im Rahmen einer Führung im mittwöchli-

chen Stiftungsformat „Kunst Pause“ durch eine erfahrene Stadtführerin, die auch noch einen (fast im Altpapier untergegangenen) restaurierten Prachtband „Die Nibelunge“ (ja, richtig, im Singular – hab’ vergessen warum) aus kaiserzeitlicher Gladbacher „Zanders“-Büttenpapier samt Jugendstil-Ornamentik vorstellt, sowie manch erhellende Anekdote und Historie ins Spiel brachte. Und sie lobte beim abschließenden Heißgetränk (gereicht im adlig-großbürgerlichen Kaffeeservice) auch – anders als einer meiner Wormser Gewährsleute – die erste frisch-freche Premiere-Premiere der (neuen) Festspiele anno 2002, wo Kriemhilden seufzte über „7 Jahre lang nur Hirschgulasch“ im Siegfried-Haushalt und zum Finale bei Mario-Adorf-Hagens Entthauptung das Schwert nicht richtig hielt, von diesem lakonisch korrigiert wurde. Also nicht nur die erst danach produzierte (und bislang wohl aus Puristensicht werkgetreuste) „Hebel-Inszenierung“ ist wohl besonders bemerkenswert, sondern, so meine ich zumindest: eigentlich eine jedwede Vorstellung. Für die, die ich persönlich gesehen habe, gilt das auf jeden Fall – egal was die meist ungelesenen Kritiken dazu jeweils sag(t)en...

PS: Natürlich mache ich bei meinem fast alljährlichen Worms-Aufenthalt auch dem AfD-Kreisvorstand sowie unserer intern wie extern gebeutelten AfD-Stadtratsfraktion meine i.d.R. höchst informelle aber doch hoffentlich auch etwas ermunternde Aufwartung statt. ■

Reise in die USA

„Streets of Philadelphia“ und Washington

11.–15. September 2022

Arbeitsfrühstück im Hotel-Konferenzraum. Frau Trudy Rubin: Sie hat den 1. US/NATO-Irak-Krieg mitgemacht und war einst oft in Rußland und China. Zur Innenpolitik erfahren wir, daß der von Trump favorisierte Gouverneurskandidat und Ex-Militär Mastriano (Col.) nicht ganz so überzeugende Studienabschlüsse habe („nur von Militär-Colleges“, die natürlich „nicht die Tiefe und Breite ziviler Liberal Arts Schools“ besäßen. Also nicht von da, wo m.W. allüberall gilt: Gender & Climate rule, ok?! Auch sei er eine Gefahr für die Demokratie, weil er nach eigenen Worten schon das Wahlergebnis der letzten Präsidentschaftswahl nicht anerkennt und es (im Wiederholungsfall 2024?) als Gouverneur für ungültig erklären würde (ein waschechter „Election Denier“ also). Und ein Senatskandidat Dr. Oz (R) sei wohl eher unseriös und vielleicht ein Fake-„Dr.“, der zweifelhafte Rezepte ausstellt und das französisch-snobische Beschreiben des Gemüseinkaufs seiner Frau genau nicht beim hiesigen Zielpublikum ankomme. Auf dem Markt kaufe man hier nicht etwa irgendwelche „crudités“, sondern eben einfach einen „basket of vegetables“! Geht ja wohl gar nicht.

Ihre Erfahrungen in China seien, daß man die Russen eher hasse und am liebsten in Form blonden, weiblichen Bedienungspersonals sähe, was alles mitmacht. Und die besonders bevölkerungsarmen fernöstlichen Regionen Rußlands seien schon jetzt eine Versuchung für die Großmacht China. Wohl erst recht, wenn Rußland im Kriege scheitere. Auch wirtschaftlich habe Putin das Land ruiniert. Die Initiative vieler junger, gut ausgebildeter und motivierter Russen, als Unternehmer etwas im Lande aufzuziehen, sei durch Erpressungen organisierter Kriminalität sowie die Bestechungserfordernisse involvierter staatlicher Stellen konterkariert, geradezu kaputtgemacht. Wiederholt (und erst wieder vor 2-3 Wochen) war sie nicht nur in Kiew, sondern auch in Charkow et cetera. Die Zerstörungen seien enorm in der Ostukraine und würden entsprechende enorme Mittel erfordern. Erstmal seien viel mehr Waffenlieferungen und Unterstützung nötig! Wie sähe die Zustimmung der deutschen Bevölkerung dazu aus? Unsere Regierungsparteienvertreter bzw. Scheinoppositionisten dazu nur: „70% seien natürlich für“ die deutsche Ukraine-Hilfe etc.; aber spätestens die Sache mit den Gas-, Strom- und Bezinpreisen – und der Inflation überhaupt –, erzeuge doch einen



zunehmenden Unmut.

Die echte Opposition zur Thematik kommt aus Zeitgründen nicht mehr zur Wort, auch geht es hier m.E. genau nicht darum, irgendeinen System- oder Stiftungsvertreter von irgendwas zu überzeugen – oder daran zu glauben, es zu können. Zu schnell ist die knappe Stunde vorbei und der nächste Termin drängt. Zum Schluß erklärte die zentral wohnende Berufsjournalistin noch kurz: Was sich allerdings verschlechtert habe, sei die urbane Sicherheitslage, und sie würde seit Monaten eher nicht mehr spätabends auf die Straße gehen. Zur Gretchenfrage, ob das alles etwas mit den letztlich auch (oder vor allem) gegen Trump gerichtete Protest- und Plünderungsaktionen in 2020 zu tun haben könnte, komme ich nicht mehr. Auch nicht dazu anzumerken, daß man den künstlich aufgebläsen „January 6, the day democracy almost died!“-Ballon bei realistischer Sicht vergleichen müßte mit dem was im Sommer 2020 in gewissen US-Städten geschah, und von linker Seite befeuert oder gar inszeniert wurde. Was hätten all diese Leute wohl gemacht, wenn einem Präsidenten Trump – mit welchem Vorsprung auch immer – dann doch der Wahlsieg zugestanden worden wäre?

Beim sehr aufschlußreichen Gespräch mit einem relativ jungen Abgeordneten Brendan Boyle (D), werden die Besonderheiten des „Swing States“ Pennsylvania und die laufenden Gouverneurs- und Senatswahlen mit ihren 4 antagonistischen Spitzenkandidaten ziemlich ausführlich skizziert. Ich stellte am Ende der Rednerrunde eine Frage zur Relevanz des Migrationsthemas im Bundesstaat, nachdem zuvor quasi Rußland von gewissen Bundestaglern in die Tonne getreten und sein Zerbrennen an die Wand gemalt wurde, schließlich sei die Ukraine jetzt quasi auf dem Vormarsch! Ich fügte an dieser Stelle noch hinzu, daß das Ganze eben keine auf reiner geographischer Nachbarschaft beruhende Herausforderung und für Deutschland wichtiger als für die USA sei. Die USA hätten mit Alaska sogar eine direkte gemeinsame Grenze mit Rußland und seien mit der NATO ja überall federführend mit am Ball. Und mit Finnland hätten sie sozusagen nochmal fast 1.000 Meilen gemeinsamer US-NATO-Rußland-Grenze hinzugefügt. Und meinerseits dann noch, eher an die Vorredner und Ukraine-Enthusiasten gerichtet: „Eigentlich müßte keiner besser wissen als die Deutschen, daß ein, zwei, drei „Schlachten“ zu gewinnen nicht bedeutet auch einen ganzen Krieg zu gewinnen!“



Inmitten von deutschen MdBs, stellv. Botschafter und Stiftungsleuten (in Schwarz): Congressman Brendan Boyle (D). (Und war an den Außentüren des Treffpunktes „Unabhängigkeitsmuseum“ in Philadelphia noch von FFP-2-Maskenpflicht die Rede, wurde dies von (fast) allen Beteiligten im Gebäudennern komplett ignoriert. Auch von den Uniformierten!)

Washington, Capitol Hill: Erfrischend, die 71-jährige Blondine Miller aus West-Virginia. Unter anderem Bison-Farmerin. Mit mir gemeinsame Quintessenzen: Diversifizierung ist bei den Energiequellen und Lieferanten extrem wichtig und der Zug der Lemminge zur „Klimapolitik“ eher fatal. „Umweltschutz“ ist natürlich eine gute Sache, aber die Leute müssen ihre Sprit- und Stromkosten zahlen können; weniger entwickelten Ländern kann diesbezüglich schlecht abgesprochen werden, was die Industrieländer lange taten.

Außenpolitik im „State Department“. Meine Fragen an den Diplomaten Mr. Deerk Chollet, Biden-Berater für Außenpolitik: What would the Russians have to lay on the table to reach (even) their proclaimed and apparently (formerly) rather limited goal? Would US/NATO let them have their way in Ukraine if they propose to withdraw from „Transnistria“ and/or the demilitarisation of Kaliningrad/Königsberg? Will USA deliver even further-reaching munitions that reach Russian territory? The „Marshall Plan“ was and is good for PR, (for Ukraine, Africa and everything) but empirically only a destroyed industrial country has ever been rebuilt (i.e. Germany and Japan). And elsewhere: Decades of „ODA“ show that it doesn't work to form an agricultural country and non-democracy into an internationally competitive collective and entity! Natürlich müssen die Russen erstmal bedingungslos alles zurück auf Anfang drehen und abziehen – es läge ja eigentlich erstmal alles in ihren Händen (oder so). Hmm. Bei der „Aufbau“- bzw. „Entwicklungshilfe“ stimme man mir aber teilweise zu...

Im Handelsministerium: Alle Stahl-Restriktionen aus Trumpzeit, die bei unserem

letzten Delegationsbesuch (in fast gänzlich anderer Besetzung im Oktober 2018) das Hauptthema waren und wofür wir eine versierte US-Direktorin von „VW America“ dabei hatten, sind jetzt aufgehoben. Offen bleibt u.a. das in den deutsch- und EU-seitig gescheiterten „TTIP“-Verhandlungen inkludierte Problem etwa bei (nicht)tarifären Handelsbarrieren, etwa bei Medizingerätschaften. Man versucht, dies nun in branchen- oder produktbezogenen Einzelvereinbarungen zu lösen, wobei auch kleine und langsame Fortschritte eine Verbesserung darstellen, so der jetzige stellv. „Handelsbeauftragte“, der über eine langjährige Praxiserfahrung im regierungsamtlichen Handelsverhandlungsmilieu verfügt.

Ich weiß nicht mehr welcher unserer ausgewählten amtierenden oder ehemaligen Kongreß- oder Bundestaats-Abgeordneten sowie anderen Insidern von „Politik und Wirtschaft“ diese quantitative Aussage machte, die von anderer Seite später erneut qualitativ bestätigt wurde. Doch halt, es war ein erfahrener älterer, promovierter Sozialwissenschaftler und Meinungsforscher, der u.a. zusammenfaßte: „Zirka 30 Prozent der US-Republikaner haben kein großes Problem mit dem Thema Abtreibung. Sie würden oder könnten es natürlich inner- wie außerhalb ihres eigenen Spektrums nicht ganz so offen sagen. Auch sei zu vermerken, daß ca. 20 Bundesstaaten da ohnehin durchgehend repressiv geblieben seien – selbst bei Vergewaltigung und Inzest. Dies, und das Wiedererscheinen Trumps, hätte die Demokraten allerdings nun eher gestärkt; auch das Erscheinen gewisser Trump-unterstützter und für viele eher als Abschreck-Kandidaten geltende Personen bei den jetzigen Kongreß-Midterms bzw. den teils einzelstaatlich anstehenden Senats- und Gouverneurs-

wahlen. Bei letzterem in Pennsylvania etwa ein Dr. Mehmet Oz (R) gegen den Generalstaatsanwalt Shapiro (D) und ein jüngst durch Schlaganfall gehandicapter, bisher stellvertretender Gouverneur Fetterman (D) mit Biker- oder Wrestler-Aura und -Statur versus einen bulligen Obristen a.D., Mr. Mastriano (R).

Im Zwiegespräch frage ich den hochakademisch ausgebildeten, prämierten und praxiserfahrenen Meinungsforscher, ob es nicht eine gute Idee für das Marketing der Republikaner wäre, sich in der Abtreibungsfrage nicht ganz so fundamentalistisch zu geben. Dies auf Grundlage einer Anekdote zum Thema, wo ich eine persönliche Urlaubsbekanntschaft, einen katholischen und maßmäßig nur bedingt liberalen Ex-Staatsanwalt aus Chicago zitiere (konzis und sinngemäß), den in 2007 auf einer Yucatan-Insel kennenlernen durfte: „Die jetzt niedrigere Kriminalitätsrate verdankt sich wohl auch der vielerorts großzügigen Abtreibungspraxis grade in und für gewisse Problemgruppen.“ (Zur zeitlichen und inhaltlichen Qualifizierung machte er damals allerdings keine weiteren Angaben.) Doch vielleicht mehr denn je gilt wohl heutzutage: dergleichen laut zu sagen wäre wohl in den USA „der politische Tod“ – vielleicht ja nicht nur dort! Ich meine aber, daß es schade ist, dies nicht durch Doktorarbeiten oder Statistiken (von denen vermutlich nicht nur hier jetzt keiner weiß) mal näher beleuchtet zu haben. Dies grade angesichts der Tatsache, daß sich selbst ein Gutteil der zentral und ehemals gutsituierten Stadtkern-Bewohner(innen) nunmehr spätabends nicht mehr so recht aus dem Haus trauen.

Auf die Idee, daß die letztlich und m.E. sowohl subtil mit „COVID“ als auch unsubtil

„Anti-Trump“-mäßigen städtischen Unruhen von 2020 mit und ohne „BLM“-Beteiligung oder -Inszenierung hier eine politisch dienliche neue Hemmungslosigkeit über die akuten Tage, Wochen und Monate hinaus angestoßen haben kommen sie (noch) nicht. Und jetzt tun die sozioökonomischen Effekte eben ein Übriges. Die zu Friedenszeiten ohne Beispiel durchgeführte unverhältnismäßige, eskalierte, getriebene und übergriffige „COVID-Politik“, zu der sich leider schon eine Trump-Administration treiben ließ, hat das (relative) Wirtschafts- bzw. Jobwunder grade dieser Präsidentschaft ge- und schließlich zerstört. Sie hat in so einigen US-Bundesstaaten (insbesondere in Städten) und international einen nicht so recht endenden Ausnahmezustand geschaffen, der von entsprechenden Akteuren und Interessengruppen v.a. auf Bundesebene weiterhin bewirtschaftet wird. Selbst in den USA wurde nunmehr mancherorts quasi eine Art „bedingungsloses Grundeinkommen“ geschaffen, was die Soziokultur, sprich Gesellschaft, verformt und geschädigt hat.

Und auch auf diese Idee kommen sie wohl alle eher nicht: Es steht auch mit Ablauf 2022 noch immer weitgehend aus, die gesellschaftliche Emanzipation durch Rückeroberung oder Etablierung einer Kultur von Freiheit und Selbstverantwortung, von Gerechtigkeit ohne Ausbeutung, durch einseitige Branchen-, Verwaltungs- oder Staatsinteressen, durch immer dreistere Lobbyorganisationen, pathologische (Ersatz-)Religionen und politischer Anti-Aufklärung inkl. Vergewaltigung der Wissenschaft, nicht nur rund um „Klima und Gender“!

Und die neuerliche Porträtierung eines einzelnen Tages: „January 6“ (2021) als

„the day democracy almost died“, kann ich als Hessian-Prussian-Yankee natürlich nur als „ärschelisch un' läscherlich“ klassifizieren. Die Evidenz ist allzu mikrig! „Again“: Viel interessanter und aussagekräftiger ist dabei aber doch, wenn das, was hier in Raum und Zeit gestellt wird, mal andersrum betrachtet wird: Was hätten die von politischen Ganzlinks-Kräften offen oder zumindest „moralisch“ unterstützten Meuten vom Sommer 2020 wohl im Falle eines wie klar auch immer bestätigten Trump-Sieges getan? Ein Meinungsforscher („Pollster“) in einer anderen, kurzen Gesprächsrunde bestätigte mir diese These und – unter vier Augen beim Abschied – die von mir geäußerte Sicht, die er schätze (und vollauf teile)! Klar, daß seine vorigen (noch ziemlich zurückhaltend geäußerten) Positionen zu „Angriff auf die Demokratie und „January 6“ etc., meinen Mitreisenden nicht sonderlich zusagen...

Gleichwohl ist hiermit der Grundstein gelegt für das Narrativ eines notfalls auch illegalen Machterhalts- bzw. Übernahmeversu-

ches spätestens bei einer Neuwahl Trumps. Falls er also (bitte schön endlich ganz offiziell) seine neuerliche Kandidatur erklären sollte, solle das doch bitte alle Alarmglocken schrillen lassen – und nicht nur die geschätzten konservativen „10% Never-Trumpers“ der anderen Seite, sondern auch möglichst viele der liberaleren „50% Maybe-Trumpers“ sich diesmal anders entscheiden. Ermöglicht natürlich nur dadurch, daß (erneut) ein Biden oder ein als eher gemäßigt geltender anderer „Demokrat“ ggf. auch programmatisch/persönlich akzeptabler wäre (es stehen dazu auch gleich zwei Namen bekennender Homosexueller im Raume); übrigens solle auch das republikanische Lager mindestens eine derartige Personalie ins Feld führen können. So, wir schreiben Dezember 2022, daß Jahr geht zu Ende und Donald Trump hat seine Kandidatur angekündigt (gestützt durch mutmaßliche 70%-Umfragungswerte – und was aus dem erfolgreichen Gouverneur Ron de Santis wird, wird man ja sehen. Es ist ja jetzt noch viel Zeit... ■



Links neben Delegationsleiter, MdB und Ex-Minister Jürgen Trittin der stellvertretende US-Handelsbeauftragte Jayme White inmitten aller BT-Parteien-Vertreter.

Montagsspaziergänge

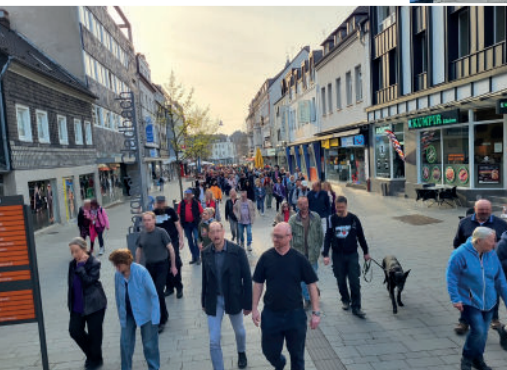
Immer wieder – Montags

Mit Beginn der Corona-Maßnahmen im März 2020 und der „Infektionsschutz“-Gesetzgebung mit immer umfassenderen „Ermächtigungen“, trafen sich mutige Bürger auf dem Marktplatz, um auf diese Situation und die bevorstehende, damals noch als Verschwörungstheorie abgetane Grundrechtseinschränkung und Impfpflicht aufmerksam zu machen.

Ein paar Monate später: der Zulauf und die Protest-Befürwortung wurde immer größer. Auf die „Corona“-maßnahmekritischen Groß-Demonstrationen in Berlin und anderen Großstädten folgten mehr und mehr bundesweite aber völlig dezentrale, lokale, wahrhaft vielfältig gemischte Bürger-Spaziergänge. So begann man hier „im Bergischen“ – wie überall in Deutschland – auch 2021/22 wieder jeden Montag durch die Straßen in nahezu allen Städten und Städtchen zu spazieren, um

in Form eines stillen Protests sich gegen die Maßnahmen zu stellen – ein Zeichen der freiheitlichen Selbstbestimmung wurde gesetzt. Auch ich spazierte so oft es mir der Terminkalender und die Gesundheit erlaubt, in Bergisch Gladbach und anderen Städten mit und komme mit den Leuten ins Gespräch.

Es wurde von Ausgrenzung, Diskriminierung, Verrat von Ungeimpften an die Meldestellen und anderen unsäglichen Lebensgeschichten berichtet, was sich innerhalb der Familien und an Arbeitsplätzen abgespielt hat. Man stelle sich nur mal vor, was



es gegeben hätte, wäre ein solches Verhalten noch finanziell entlohnt worden. Mittlerweile ist EU-weit und im Bundestag verschlimmbessert am 16.12.22 mehrheitlich verabschiedet worden, was man durchaus als eine Art durchpolitisierte Denunzianten-Gesetzgebung (und 1/2 Mrd. € teure Zusatz-Bürokratie) im Bundestag eingebracht wurde: „Der FDP-Rechtspolitiker Thomae sagte dazu im Bundestag, es sei gerade nach den jüngsten Erkenntnissen zu einem Umsturz-Komplot in der ‚Reichsbürger‘-Szene ‚absolut richtig‘, dass Hinweisgebende auch geschützt werden müssen, wenn sie Verstöße gegen die Pflicht zur Verfassungstreue in Behörden meldeten. Mit dem neuen Gesetz ‚sorgen wir für den notwendigen Schutz hinweisgebender Personen, ohne dabei Unternehmen unnötig zu belasten‘. Die meisten Firmen hätten ohnehin ein Interesse daran, dass Missstände intern angezeigt und dann behoben würden.“ Auch hier orientiert sich grade der ‚liberale Werte-Westen‘ offensichtlich immer mehr am „Erfolgsmodell“ China, welches sonst doch eher so verschrien wird.

Doch zurück zum stillen Lokal-Protest und Bürgerrecht: Anfangs „begleitete“ uns die Polizei, um das Gefahrenpotenzial abschätzen zu können. Doch schnell erkannte man, daß die Spaziergänger das waren, was sie sind: Freie Bürger ihrer Stadt, welche sich zum Spaziergehen trafen!

Was die mutigen chinesischen Bürger i.d.R. friedvoll „wagten“ – oder „Iraner:innen“ etc. eventuell weniger friedvoll –, wird gelobt, unterstützt und polit-medial aufpoliert, während in Deutschland alle mit gleicher Intention als verrückte, rechtsradikale verschwörungstheoretische „Schwurbler“ und/oder „Rechtsradikale“ etc. abgetan bzw. quasi für vogelfrei erklärt werden. Und entsprechende polizeiliche und juristische Staatsaktionen sprechen da ganz für sich.

Ich bin sehr erfreut darüber, daß diese Gegen-„Bewegung“ bis heute anhält. Gemeinsam stehen wir für die freiheitliche Selbstbestimmung ein – nur steter Tropfen höhlt den Stein! ■



„Bergischer Brunch“

Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten, examinierten Historiker und Germanisten Carlo Clemens, veranstalteten wir (auch als gemeinsame Wahlkreisbüro-Neueröffnung in Nachfolge Dr. Roland Hartwig gedacht) unseren 1. Bergischen Brunch in Bergisch Gladbach (City)!

Unter dem Motto: „Politik und Waffeln“ kamen wir mit den kommunalpolitischen Mandatsträgern aus dem Kreis und den Ratsherren der Städte Bergisch Gladbach, Rösrath, Leichlingen, Kürten und Wermelskirchen sowie AfD-Mitgliedern und interessierten Bürgern zusammen, um nach einigen Grußworten detailliert von unserer Arbeit in den Parlamenten und Räten zu berichten und über „Kommendes“ zu informieren. Als Überraschungsgast gesellte sich sogar der EU-Abgeordneten Dr. Gunnar Beck (Düsseldorf/London) hinzu.

Bei den besten Bergischen Waffeln der Saison, die wir unseren liebevollen küchen- und kommunikationsaffinen MitgliederINNEN;) verdanken, sowie reichlich Kaffee, führten wir in bester und ausgelassener Stimmung zahlreiche Gespräche. Ich freue mich bereits auf den nächsten Bergischen Brunch und alle die da noch folgen werden. ■



Energiegipfel Rheinisch-Bergischer Kreis

Energiepolitisches „Gipfeltreffen“ lokaler Behörden, Vereinigungen und Politiker

Am 19.08.22 fand im Bergischen Löwen der „Energiegipfel Rheinisch-Bergischer Kreis“ statt.

Ich war vor Ort und dokumentierte im einem Video die Kostenlawine, die auf die Bürger zukommt, sowie die tendenziösen Behauptungen der Teilnehmer der anderen Parteien, die in Berlin und Brüssel die Entscheidungen treffen, welche die Bürger ausbaden müssen und dabei ihre Hände nachdem Pontius-Pilatus-Prinzip in reinsten Unschuld waschen und alle Beteiligten, Betroffenen und final Geschädigten „bitten“ dabei mitzuwirken dem Regierungs-Narrativ gerecht zu werden: „Die Energiekrise und Fragen zur Versorgungssicherheit, ausgelöst durch den ‚Angriffskrieg‘ Russlands auf die Ukraine, stellen überaus hohe Anforderungen an Politik, Unternehmen und Verwaltung sowie an die Bürgerinnen und Bürger!“ Selbstverständlich durften die betroffenen Bürger der Stadt nicht gastieren.

Die jüngsten Kosten-sprünge beim Energie-Input und allgemeine hohe Inflation, können viele Privatpersonen nicht verkraften. Betriebe wissen nicht, wie sie damit umgehen können, wie etwa der durch den Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft

beschriebene „Bäcker, der eine Energiekostensteigerung von 2000 € mtl. auf 12.000 € mtl. irgendwie verkraften soll.“ Auch die öffentlichen Sozialausgaben steigen dynamisch an und belasten den Haushalt zusätzlich. Insolvente Unternehmen verringern auf der anderen Seite die Staatseinnahmen bei Steuern, Sozialkassen und Gebühren. Und das in einer Situation, in der schon die vergangenen Regierungen die Verschuldung ausgeweitet, unvorstellbar hohe Staatskredite ohne Hoffnung auf Rückzahlung vergeben und zur Finanzierung dessen exorbitant hohe Geldmengen gedruckt haben. All das zumeist eher zugunsten Dritter als zugunsten eigener Staatsbürger und -angelegenheiten.

In dieser Situation lud der Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises, Stephan Santelmann (CDU), Vertreter aus Bund, Land,



Kreis und Kommune sowie die Vertreter der Fachverbände und Vereinigungen ein, um die Lage zu sondieren und mögliche Lösungen oder Verbesserungen auszuloten.

Das Leerlaufen der Gasleitungen beschreibt Dr. Ulrich Groß von der „Rheinischen Netzgesellschaft“ als dramatisch, da jeder einzelne Nutzer nur durch einen Fachmann wieder ans Netz angeschlossen werden kann. Im „Notfallplan Gas“ können daher einzelne Kunden beschränkt werden, wobei „geschützte Kunden“ mit weniger als 1,5 Millionen KW/h Verbrauch ausgenommen wären. Für die Großabnehmer, wie z.B. den ortsansässigen Dämmstoffhersteller „ISOVER“ aus Bergisch Gladbach, bedeutet das aber mitunter Schäden in Millionenhöhe, weil die technischen Anlagen damit zerstört sind. Dies trifft jedoch nahezu alle Großunternehmen die gleichzeitig auch die größten Arbeitgeber sind.

Das grüne MdB Außendorf wies in der Diskussion auf (nur) ein Szenario hin, in dem es keinen Gasnotstand geben werde. Konsequenz wies Frau Lichtenstein, Vorstandsvorsitzende der „Rheinenergie“, darauf hin, daß

wir uns auf einen nachhaltigen Wohlstandsverlust einstellen müssen.

Lediglich unser AfD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Sebastian Weirauch, und ich selbst, versuchten klarzumachen, daß hier keinesfalls nur um extern verursachte, aktuelle „Notlagen“ gehe, sondern eine langfristige verfehlte Fehlorientierung und Fehl-Investitionsplanung einer von allen – außer der AfD und ausgewählten Einzelakteuren – getragenen „Transformations-Agenda“ geht. Diese muß in ihrer verkürzten und Lobby-getriebenen Unart erkannt, benannt und korrigiert werden. Keinesfalls könne es darum gehen (quasi im Stile vergangener böser Zeiten) hier alle Kräfte zu bündeln um allen alten wie neuen, fast möchte man sagen verbrecherischen Blödsinn möglich zu machen und den Irrglauben an die diversen Wolkenkuckuckshöhlen aufrechtzuerhalten.

Die pragmatischen und fachgerechten Lösungen der AfD-Fraktion im Bundestag und im Rat der Stadt Bergisch Gladbach wurden und werden jedoch rundum abgelehnt, wie Sie hier nachlesen können:



AfD fordert Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke



Energie-Ausschuss lehnt AfD-Anträge ab



Resolutionsantrag der AfD-Fraktion im Rat der Stadt



Energie-Ausschuss lehnt AfD-Anträge ab



Videodokumentation der Ereignisse:



Auch sehenswert: Der Vortrag von Dr. ing. Helmut Waniczek im Bundestag: „Ein Winter ohne Gas?“



BPA-Fahrten im Juni, September und Dezember 2022

Der Wahlkreis zu Gast in Berlin

Am 19. Juni machte sich die Gruppe politisch Interessierter mit dem ICE auf den Weg nach Berlin. Mit etwas Verspätung kamen wir, eine 35-köpfige Gruppe, gegen 15.30 Uhr am Berliner Hauptbahnhof an und wurden dann gleich mit einem bereitgestellten Bus des Bundespresseamtes zum Reichstagsgebäude gefahren. Im Plenarsaal erfuhren wir dann in einem Vortrag durchaus Interessantes über die abwechslungsreiche Geschichte des Gebäudes bevor, bei gefühlten 30-40°, ein Aufstieg in Form eines Rundgangs bis in den Gipfel der sonnengefluteten Glaskuppel erfolgte.

Am nächsten Tag ging es nach einer Stadtrundfahrt zu einer Führung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin und wir besuchten die Ausstellung „Topographie des Terrors“, eine Ausstellung zur Dokumentation und Aufarbeitung des Terrors durch den Nationalsozialismus in Deutschland.

Eine Informationsveranstaltung in der Deutschen Bundesbank forderte dem Vortragenden durch etliche tiefgründige Fragen vielleicht mehr ab als ein Treffen mit Madame Christine Lagarde. Leider mußte die Diskussion aufgrund des streng getakteten Terminplanes zwangsweise beendet werden. Wir erfuhren jedoch unterm Strich, daß der Euro sicher sei, denn die EZB könne gezielt mehr Geld herausgeben, es zurückholen, Zinsen erhöhen, Zinsen senken: „whatever it takes“! Zusammengefaßt: Papier(geld) ist ja erstmal geduldig. Beispiel: Da der Spread (die Spannweite der Zinsen) für deutsche und italienische Anleihen sich vergrößert, was für Italien, wo Draghi wohnt, verdrießlich ist, kauft man jetzt, und zwar immer dann, wenn deutsche Anleihen fällig werden, für dieses Geld dann halt italienische Anleihen. Je mehr Käufer, umso sicherer die Anleihe und desto niedriger der Zins. Einfach und logisch oder? – Zumindest technisch gesehen.

Auf die Frage nach einem möglichen Goldstandard kam die Antwort, daß das praktisch nicht machbar wäre, von wegen „Flexibilität“. Die Frage, warum denn alle Notenbanken trotzdem Gold kauften, konnte aus Zeitgründen nicht mehr umfassend beantwortet werden. Aber zur Beruhigung kam die Info, daß das deutsche Gold zum größten Teil jetzt tatsächlich in Deutschland lagert, aber auch noch einiges in New York und in London. Das hätte aber mehr damit zu tun, daß dort die großen Börsen ansässig seien – vermutlich also auch für den Fall, daß man das Gold mal versilbern müßte.

Am letzten Tag unseres Aufenthaltes hatten wir die Gelegenheit zu einer persönlichen Gesprächsrunde mit dem Initiator dieser Reise, dem Mitglied des Bundestages aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis, Prof. Dr. Harald Weyel. Im Jakob-Kaiser-Haus berichtete Prof. Weyel aus seinem parlamentarischen Alltag im Bundestag und riet zusammenfassend im Grundsatz allen, die Hoffnung auf eine Wende zum Guten für Deutschland niemals aufzugeben.

PS: Und für eine Abrundung in Sachen „Karlsruhe und der Euro“ sind sicherlich seine Ausführungen dazu vom Mai 2021 eine erhebliche Einordnungshilfe, was man denn nun davon aktuell zu halten hat:



Kurzbericht der 2. BPA Fahrt **Highlight: Vortrag von Dr. Helmut Waniczek und ein „Skandal“ im Nachgang...**

Die 2. BPA Fahrt des Jahres fand im September 2022 statt. Neben den üblichen Stadtrundfahrten durch die Bundeshauptstadt folgten Besichtigungen, welche sich an den politisch historischen Gesichtspunkten orientierten. Das große Highlight für die Teilnehmer auf dieser Fahrt war ein von der Bundestagsfraktion der AfD live übertragener Vortragsabend mit Dr. Dipl.-Ing. Helmut Waniczek: „Ein Winter ohne Gas?“ mit den Impulsvorträgen der fachpolitischen Sprecher für Angelegenheiten der EU (Dr. Harald Weyel), Klimapolitik (Dr. Rainer Kraft) und dem Obmann im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Karsten Hilde). Den gesamten Vortrag können Sie sich auf der YouTube-Seite der AfD Bundestagsfraktion in voller Länge anschauen. Unter anderem wurde erläutert, daß wenn der Gasdruck in den Leitungen zu den einzelnen Haushalten abfallen würde, die Gasversorgung gänzlich unterbrochen wird und erst durch einen technischen Eingriff durch einen Fachmann an jedem Anschluss die Leitung wieder geöffnet werden kann – jedoch ist dies nicht in wenigen Tagen behoben.

Es folgte eine pointierte Diskussion vor allem zur Wirtschafts- und Energiekrise vor und nach dem Ukraine-Krieg (bzw. der Kriegsausweitung) seit Februar 2022. Vor allem aber wurden auch die Zukunftsperspektiven und Notwendigkeit einer Politik-Wende in nahezu allen Bereichen herausgearbeitet und den Publikumsfragen recht offen begegnet – und am Ende stand als (beabsich-



tiger?) „Mikrofonunfall“ in den Sozialen Medien hunderttausendfach und kontrovers geechoet die Frage: „Muß alles denn noch dramatischer werden, damit endlich eine echte Politik-Wende eintritt?“ Das Aufgreifen und Zurecht-„Framen“ der Dinge durch „ntv, bild, Stern, KstA etc.“ schlug sich auch im Twitter-Gewitter nieder: „Justizminister Marco Buschmann twitterte: ‚Während sich die Koalition gerade auf ein Entlastungspaket geeinigt hat, hofft die AfD auf eine dramatische Lage im Winter. Das zeigt einmal mehr das wahre und beschämende Gesicht der AfD: Sie hat nicht das geringste Interesse daran, etwas für die Menschen in diesem Land zu tun.‘ Weyel sagte auf Anfrage: ‚Ich wollte meiner Befürchtung Ausdruck geben, dass nur eine Zuspitzung der sich abzeichnenden Krise dazu führen wird, dass die politisch Verantwortlichen endlich die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Krise zu bekämpfen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass ich mir eine Verschärfung der Krise wünsche.‘“ Besonders erfreulich waren dabei die breite Öffentlichkeit und Drehung der „Diskussion“

(siehe Kommentare und Leserbriefe etc.) in Richtung Regierungs- und Medienkritik statt schiere Oppositionsverunglimpfung! (<https://www.n-tv.de/politik/AfD-Politiker-hofft-auf-dramatischen-Winter-article23574135.html>)

Man kann also wie im „freilich“-Magazin abschließen mit: „Weyel bleibt eisern! Er würde das Gesagte aus ‚pädagogischen Gründen‘ wiederholen, so Weyel. Die AfD stehe für eine ‚aufgeklärte, realitätsorientierte Politik‘, die einen Gegenentwurf zu der krisenerzeugenden Politik der Regierungen darstelle. Auf die Frage, ob er in Zukunft darauf achten werde, sämtliche Mikrofone zu deaktivieren, antwortete er: ‚Ich werde auch in Zukunft darauf achten, dass immer mindestens ein Mikrofon eingeschaltet ist, wenn mir eine pointierte Aussage einfällt, die ich einfangen will. Dieses Mikrofon muss aber nicht immer mit einem Livestream verbunden sein.‘“ (<https://www.freilich-magazin.com/politik/afd-abgeordneter-weyel-haelt-an-skandal-aussage-fest>)

Die dritte und somit letzte Informationsfahrt des Jahres fand im Dezember 2022 statt.

Michael Hürst berichtet hierzu:

Auf Einladung von Prof. Dr. Harald Weyel, MdB, machte sich am 04.12.2022 eine 18-köpfige Besuchergruppe des Bundespresseamts mit dem ICE auf den Weg zur Informationsfahrt nach Berlin. Mit reichlich Verspätung durch die Deutsche Bundesbahn traf die Gruppe gegen 19:00 Uhr am Berliner Hauptbahnhof ein und wurde von einem Bus der Firma BMobility24 abgeholt und zum Restaurant „Grüne Lampe“ gefahren, wo ein reichhaltiges Buffet zum Abendessen bereitstand. Anschließend wurde die Gruppe zum Hotel „IBIS“ gefahren und checkte dort ein.

Am nächsten Morgen ging es in aller Früh zur Besichtigung des Plenarsaals und einem Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments im Deutschen Bundestag (Reichstagsgebäude). Im Anschluß präsentierte Ben Austin, der Berliner Büroleiter des MdB, Mitschnitte der Bundestagsreden ab 2017 von Prof. Dr. Harald Weyel im Europasaal des Paul-Löbe-Hauses. Danach gab es einen Fototermin für ein Gruppenfoto der Besuchergruppe. Gemeinsam spazierte die Gruppe von dort aus zum Mittagessen ins „BERLIN Pavillon“.

Gestärkt starteten die Teilnehmer mit dem Bus des Bundespresseamts zur Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt, orientiert an politischen Gesichtspunkten.

Um 15:00 Uhr gab es ein Informationsgespräch in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen beim Bund. Dort wurde den

politisch interessierten Besuchern die Aufgabe des Dienstsitzes des Bevollmächtigten der „BOTSCHAFT DES WESTENS“ erklärt. Im Anschluss hatten die Besucher beim individuellen Rundgang am #Kurfürstendamm die Möglichkeit, das KaDeWe oder den Weihnachtsmarkt zu besuchen. Punkt 18:00 Uhr empfing das Restaurant R23 die mit kulinarischen Klassikern und internationaler Küche. Am Folgetag startete um 09:00 Uhr der zwei-



te Teil der Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt und um 11:00 Uhr folgte ein Informationsgespräch im #Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Bayrisches Ambiente und deftige Schweinshaxen gab es um 12:00 Uhr zu Mittag im „Paulaner Wirtshaus“ am Potsdamer Platz.

Gestärkt ging es danach gemeinsam zu einer Führung durch die Dauerausstellung „Tränenpalast“ am Reichstager und um 16:30 Uhr folgte ein Besuch der Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege - Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt. Nach der Ausstellung ging es zum Abendessen ins „Erdinger“, welches sich ebenfalls am #Gendarmenmarkt befindet.

Am letzten Tag nach dem Check-out, stand noch der Besuch der Sonderausstellung: „Staatsbürgerschaften - Frankreich, Polen, Deutschland seit 1789“ im Deutschen Historischen Museum an. Gegen 12:45 Uhr setzte der Bus die Besuchergruppe wieder am Hauptbahnhof ab. Für die Rückfahrt gab es ein Mittagessen als Lunchtüte vom Restaurant „Brotbüxe“.

Wir bedanken uns für die gute Organisation der Reise durch das Bundespresseamt, sowie für die professionelle Betreuung durch Florian Fornoff, beim Busfahrer Mike und der Reiseleiterin Susanne. ■





www.harald-weyel.de

Dr. Harald Weyel, Prof. a.D.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

harald.weyel@bundestag.de

Telefon 030 227-79360



www.bundestag.de